



WO STEHT DIE GUAFS?

OFFENER BRIEF VON GDS AN DIE MITGLIEDER UND SYMPATHISANTEN DER GUAFS



Anhang A) Zur Debatte von GDS mit der GUAFS
(Dokumente 1 - 6)

Anhang B) Die Erfahrungen von GDS mit Bolševik Partizan
(Dokumente 7 - 14)

Februar 1 9 8 5

Preis: 2,50 DM

INHALTSVERZEICHNIS

<u>OFFENER BRIEF VON GEGEN DIE STRÖMUNG AN DIE MITGLIEDER UND SYMPATHISANTEN DER GUAFS.....</u>	S.33
<u>ANHANG A) ZUR DEBATTE VON GDS MIT DER GUAFS</u>	S.7
<u>Dokument 1:</u> Die Teilnahme an der Demonstration der "Grünen" aus Anlaß des Breschnew-Besuchs war falsch !.....	S.8
<u>Dokument 2:</u> Offener Brief von GDS an die Mitglieder und Sympathisanten von GUAfS vom 27.12.81.....	S.13
<u>Dokument 3:</u> Grußadresse von GDS zum Vorschlag der GUAfS vom 30.12.82.....	S.17
<u>Dokument 4:</u> Stellungnahme von GDS zum Vorschlag der GUAfS zu einer Protestaktion gegen die militärische Besetzung Afghanistans (28.11.83).....	S.18
<u>Dokument 5:</u> Erste offizielle Antwort der GUAfS auf die Kritiken von GDS (30.3.84).....	S.20
<u>Dokument 6:</u> Grußadresse von GDS an den 13. Kongreß der GUAfS mit dem Vorschlag zu einer Diskussionsveranstaltung (18.4.84).....	S.21
<u>ANHANG B) DIE ERFAHRUNGEN VON GDS MIT BOLSEVIK PARTIZAN.....</u>	S.22
<u>Dokument 7:</u> Erklärung über den Abbruch der Bruderbeziehungen zur TKP/ML(B) (30.1.1984).....	S.23
<u>Dokument 8:</u> Der Reformismus von Bol'shevik Partizan.....	S.24
<u>Dokument 9/10:</u> Bol'shevik Partizan und der großtürkische Chauvinismus.....	S.28
<u>Dokument 11:</u> Bol'shevik Partizan: Die größte Organisation hat zu entscheiden !.....	S.33
<u>Dokument 12:</u> Zusagen vom ZK der TKP/ML(B) sind keinen Pfifferling wert !.....	S.22
<u>Dokument 13/14:</u> Planmäßige und organisierte Attacken von Bol'shevik Partizan um die Freiheit der Debatte zu zerstören.....	S.37

OFFENER BRIEF VON GEGEN DIE STRÖMUNG AN DIE MITGLIEDER UND SYMPATHISANTEN DER GUAfS

Frankfurt, den 21.1.1985

1. PROTEST GEGEN DAS ANTIDEMOKRATISCHE VORGEHEN VON GUAfS-VORSTANDSMITGLIEDERN

Wir protestieren energisch gegen den Zwischenfall am Ende der GUAfS-Demonstration am 29. Dezember 1984 in Köln, als dem Redner von SPARTAKUS mitten in seiner Rede von einem Vorstandsmitglied der GUAfS das Megaphon abgestellt wurde. Er und ein weiteres Vorstandsmitglied waren und sind der Meinung, daß eine Kritik an PARTIZAN wegen deren gemeinsamen Demonstrationen mit Agenten des russischen Sozialimperialismus "Beschimpfungen" seien und "hier auf der Demonstration" verboten wären, ebenso wie eine Kritik an BOLSEVIK PARTIZAN wegen deren revolutionsfeindlichen Haltung zu Afghanistan.

Damit wurde erneut auf einer Demonstration der GUAfS die Freiheit der Propaganda eingeschränkt und dieses Prinzip mit Füßen getreten. Unsere Kritik, daß beim GUAfS-Vorstand ein Widerspruch zwischen Wort und Tat besteht, wird bestätigt und ist nach wie vor aktuell. Dieser Opportunismus sitzt tiefer, als wir glaubten.

Aber dieselben Leute, die gegen öffentliche Kritik auf einer Kundgebung der GUAfS als Zensor auftraten, hatten bezeichnenderweise nichts gegen eine der üblichen Lügenparolen von BOLSEVIK PARTIZAN gegen GDS auf eben dieser Kundgebung einzuwenden. (*)

Wenn zu einer Demonstration solche Kräfte wie PARTIZAN und BOLSEVIK PARTIZAN auf der einen Seite und Kräfte wie SPARTAKUS, GEGEN DIE STRÖMUNG und WESTBERLINER KOMMUNIST andererseits, (deren prinzipielle Kritikpunkte an PARTIZAN und BOLSEVIK PARTIZAN nicht erst seit heute bekannt sind), eingeladen werden (ganz zu schweigen von den nicht erschienenen Opportunisten der MLPD, die von der GUAfS ebenfalls eingeladen worden waren, bzw. der "KP" Irans, die in Westberlin an der GUAfS-Demonstration bzw. -kundgebung teilnahmen), also solche sich antagonistisch gegenüberstehende Kräfte prinzipienlos "zusammengefaßt" werden sollen, bedeutet selbstverständlich auch, daß die Gegensätze hervorbrechen.

2. HINTERGRUND UND VORGESCHICHTE DES GDS-VORSCHLAGS ZU EINER DISKUSSIONSVERANSTALTUNG MIT DER GUAfS

Genossinnen und Genossen,
der antidebakratische Akt im Rahmen der GUAfS-Demonstration hat seinen Hintergrund und seine Vorgeschichte, an die wir nachdrücklich erinnern müssen, weil sie heute vertuscht werden sollen:

a) Der Offene Brief von GDS an die Mitglieder und Sympathisanten der GUAfS, der auf der Demonstration der GUAfS am 27.12.81 verteilt wurde: "Die Teilnahme der GUAfS an der Demonstration der 'Grünen' aus Anlaß des Breschnew-Besuchs war falsch!" und die entsprechende Stellungnahme in der GDS-Nummer 27. (Siehe Anhang, "Dokument 1, Dokument 2", S. 8 u.S.13)

(*) GDS hat die Unterstützung des GUAfS-Aufrufs - ganz zu recht, wie sich zeigt - von einer wirklichen Selbtkritik der GUAfS nicht nur in Worten, sondern auch in Taten abhängig gemacht. Dies diffamierte BOLSEVIK PARTIZAN als "Defaitismus".

- b) Grußadresse von GDS an den 12.Kongreß der GUAfS, der am 30.12.1982 stattfand; dort wurde kritisiert, daß die Kritikpunkte des "Offenen Briefs" von GDS nach einem Jahr noch nicht beantwortet worden waren. (Siehe Anhang, "Dokument 3", S. 17)
- c) Stellungnahme von GDS am 28.11.1983, in der zusätzlich zu den bisherigen inhaltlichen antagonistischen Widersprüchen mit GUAfS-Verantwortlichen und der GUAfS überhaupt der Widerspruch zwischen Wort und Tat bei GUAfS kritisiert wird. (Siehe Anhang,"Dokument"4,S.18)
- d) Erste offizielle Antwort der GUAfS am 30.3.1984 (nach mehr als zwei Jahren!), in der nur auf die Kritiken von GDS am pazifistischen GUAfS-Flugblatt "Für Frieden gegen Krieg" eingegangen wird. Es wurde Bereitschaft zur Diskussion erklärt. (Siehe Anhang, S.20)
- e) Grußadresse von GDS an den 13.GUAfS-Kongreß vom 18.4.1984 mit dem Vorschlag an den Kongreß zu einer Diskussionsveranstaltung über die Politik der GUAfS und die Kritik von GDS. (Siehe Anhang, "Dokument 6", S.21)

Auf dem Seminar der GUAfS am 18.11.1984 begrüßten dann Vorstandsmitglieder der GUAfS den Veranstaltungsvorschlag von GDS und erklärten, daß die Veranstaltung für Januar/Februar 1985 geplant werden soll. Im Flugblatt der GUAfS vom Dezember 1984 kündigte GUAfS eine öffentliche Veranstaltung an, ohne daß die Kritiken und der Veranstaltungsvorschlag erwähnt wurde.

Heute besteht die reale Gefahr, daß die Debatte mit uns und über unsere Kritiken an der GUAfS so gewendet werden soll, daß durch eine Einladungspolitik an alle möglichen extremen opportunistischen Organisationen der eigentlichen Debatte aus dem Weg gegangen wird.

3. UNSERE ERFAHRUNGEN MIT SOLCHEN RECHTSOPPORTUNISTISCHEN ORGANISATIONEN WIE PARTIZAN UND BOLSEVIK PARTIZAN

Nicht zuletzt der Zwischenfall auf der letzten Demonstration der GUAfS bestätigt uns in der Notwendigkeit, von GUAfS einen klaren Vorschlag zu erfahren, unter welchen Bedingungen diese Veranstaltung durchgeführt werden soll, um eine wirklich klärende Diskussion zu ermöglichen.

Ursprünglich ging es beim Vorschlag von GDS um eine demokratische Debatte über die Kritik von GDS an GUAfS. Dieser Vorschlag von Seiten GDS bleibt nach wie vor bestehen.

Inzwischen soll aber offenbar dieses b e s o n d e r e Thema so aufgefaßt werden, daß alle, die GUAfS unterstützen, also auch die "KP" Iran, demnächst vielleicht auch die MLPD und wer weiß wer sonst noch, diskutieren sollen. Von Seiten der GUAfS ist insbesondere nicht klar, wie sie sich zu PARTIZAN und BOLSEVIK PARTIZAN im Zusammenhang mit dieser Veranstaltung verhalten wollen. Unsere Erfahrungen speziell mit diesen Organisationen sind sehr schlecht.

Die Politik von BOLSEVIK PARTIZAN hat reformistische und chauvinistische Grundlagen: (siehe Anhang, "Dokument 7", S.23)

Obwohl BP sich sogar als "marxistisch-leninistisch" bezeichnet, wird trotz aller Phrasen, um die Kritik zu neutralisieren, der Kampf für die demokratische Revolution in der Türkei n i c h t als zentrale Achse verstanden, sondern reformistisch wird der Kampf gegen dieses oder jenes Regime - heute die Junta - als Hauptkettenglied ihrer Linie angepackt, und entsprechend rechts

wird dann auch ihre Aktionseinheitspolitik betrieben. (Übertragen auf Afghanistan wird das Falsche dieser Linie ebenfalls deutlich: Nur die Lösung "Russen raus" - ähnlich wie in der Türkei nur "Weg mit der Junta" - als Hauptkettenglied anpacken, bedeutet eben dem Wesen nach in Reformismus zu versinken und der demokratischen Revolution eine Absage zu erteilen!, siehe Fußnote*)
(siehe Anhang, "Dokument 8", S.24)

BOLSHEVIK PARTIZAN hält den kurdischen Nationalismus in Theorie und Praxis tatsächlich für gefährlicher als den großtürkischen Chauvinismus. Wen wundert es dann, daß sie es nicht für nötig halten, im Zusammenhang mit der nationalen Frage s-t-e-t-s von VÖLKERN der Türkei und nicht bloß vom "Volk der Türkei" zu reden, womit dem offenen Chauvinismus, der die Existenz des kurdischen Volkes leugnet, Tür und Tor geöffnet wird. Wen wundert es da, daß sie selbst nach nachhaltiger Kritik es nicht für nötig halten, für die kurdische Nation stets das Recht auf Lostrennung vom türkischen Staat zu propagieren, da nach ihrer Ansicht das in der Forderung nach Selbstbestimmungsrecht "automatisch" enthalten sei.
(Siehe Anhang, "Dokument 9", S.28)

Ihre ganze ausgefeilte Demagogie, ihre chamäleonartige Verwandlungskunst zeigt sich, wenn sie sich unter diesen Umständen hinstellen und ein GUAfS-Flugblatt kritisieren, weil dort nicht von "Völkern Afghanistans" die Rede ist, wobei sie dann selbst in der Zwischenüberschrift ihres eigenen Flugblatts entgegen ihrer eigenen Kritik vom Widerstand "des afghanischen V o l k e s" sprechen.
(Siehe Anhang, "Dokument 10", S.32)

BP steht tatsächlich auf dem für jede Form der praktischen Zusammenarbeit katastrophalen chauvinistischen Standpunkt, daß die größte Organisation bei Aktionseinheiten zu entscheiden habe.
(siehe Anhang, "Dokument 11", S.33). In Hinblick auf finanzielle, sogar schriftliche verbindliche Vereinbarungen bei der Zusammenarbeit verschiedener Organisationen sind ihre Zusagen nicht das Papier wert, auf dem sie geschrieben sind.
(Siehe Anhang, "Dokument 12", S.36)

In bezug auf Veranstaltungen muß man bei BP mit allem rechnen: Wenn sie es für nötig halten, verhindern sie Redebeiträge durch geplante ununterbrochene Zwischenrufe (so geschehen auf einer GDS-Veranstaltung zum 1.Mai 1983), so daß wegen der Fortsetzung der Diskussion diese Leute unter Androhung physischer Gewalt entfernt werden mußten und müssen.
(siehe Anhang, "Dokument 13", S.37)

Wenn sie es für nötig halten, das Prinzip der freien Debatte ad absurdum zu führen, planen sie auf Kommando die inhaltliche Debatte zu sprengen, indem sie entgegen allen Absprachen Dutzende von Leuten ihrer Organisation auf die Rednerliste setzen, um dann statt inhaltlicher Beiträge bloß Verleumdungen und Lügen vorzubringen. (So geschehen auf der Veranstaltung am 27.3.1983.)
(Siehe Anhang, "Dokument 14", S. 37)

Die Erfahrungen mit PARTIZAN, (die inzwischen sogar Aktionseinheiten mit Anhängern und Agenten des russischen Sozialimperialismus eingehen), sind auch nicht besser:

*) Die Verwandtschaft der Opportunisten aller Länder, ihr gemeinsamer Reformismus ist übrigens auch die Basis der Sympathie der rechtsopportunistischen Kräfte innerhalb der GUAfS für den Reformismus von Bolshevik Partizan, die Basis für eine Zusammenarbeit gegen revolutionäre Kräfte mit proimperialistischen Kräften wie den GRÜNEN.

PARTIZAN-Anhänger schlugen - um nur eine "Aktion" dieser Art zu nennen - einen Sympathisanten von BOLSEVIK PARTIZAN mit Eisenstangen so zusammen, daß sie das Leben dieses Genossen in Gefahr brachten (am 30.9.1981 in Duisburg).

PARTIZAN-Anhänger überfielen zahlreiche Wohnungen und auch den Buchladen GEORGI DIMITROFF und beraubten ihn. Nachträglich wurde das von Seiten der Verantwortlichen von PARTIZAN offiziell als "revolutionäre Taten" gepriesen. Diese konterrevolutionären Handlungen wurden als "revolutionär" bezeichnet (siehe unsere Broschüre "Dokumente der Polemik von GDS gegen den Revisionismus der TKP/ML-Partizan von 1981").

All das sind unsere Erfahrungen und all das unterstreicht, daß eine gute Vorbereitung der von unserer Seite der GUAfS vorgeschlagenen Diskussion sehr wichtig ist, wenn das Ganze nicht in Skandal und Schlägereien enden soll. Wer soll zur Veranstaltung eingeladen werden? Unter welchen formalen Bedingungen wird die Veranstaltung durchgeführt? (Rednerliste, Rechte des Veranstaltungsleiters, aber auch Übersetzung, Redezeitbeschränkung etc.)

4. VORSCHLAG VON GDS ZUR VERANSTALTUNG DER GUAfS ÜBER DIE KRITIKEN VON GDS

Unsere auf der letzten mündlichen Verhandlung am 29.12.1984 vorgebrachten Vorschläge (gemeinsam mit Vorschlägen von SPARTAKUS und WESTBERLINER KOMMUNIST, die wir unterstützen) zur Durchführung der Veranstaltung über die Kritik von GDS sind folgende:

- a) Vor der Veranstaltung als Vorbereitung für die Teilnehmer legt GUAfS eine schriftliche und an die Teilnehmer der Veranstaltung verteilte Stellungnahme zu den Kritiken von GDS vor.
- b) Tagesordnungsvorschlag:

- + Die Politik der GUAfS zu Afghanistan (also: Ziel der revolutionären Bewegung in Afghanistan, Ziel der islamistischen Bewegung, wie kann der Antikommunismus in Afghanistan bekämpft werden?)
- + Die Politik der GUAfS im Ausland (welche Unterstützung erwartet GUAfS von anderen Organisationen, mit welchen Organisationen arbeitet GUAfS zusammen).

Bei der Diskussion über die Kritikpunkte von GDS kann ebenfalls die Frage über den unterschiedlichen Charakter demokratisch-revolutionärer und marxistisch-leninistischer Organisationen diskutiert werden..

Zu den jeweiligen Tagesordnungspunkten kann GUAfS einleitend ein Referat halten, (was aber vielleicht durch die vorherige schriftliche Stellungnahme der GUAfS überflüssig ist).

GUAfS-Freunde aus anderen Ländern und aus Westberlin sollen ebenfalls zu der Veranstaltung eingeladen werden.

* * *

So weit die vorgebrachten Vorschläge. Die Vertreter der GUAfS haben am 29.12.1984 ihre schriftliche Stellungnahme zu diesen Vorschlägen zugesagt, die bis heute noch ausstehen.



ANHANG A)

ZUR DEBATTE VON GDS MIT DER GUAFS

Dokument 1 :

Die Teilnahme an der Demonstration der "Grünen" aus Anlaß des Breschnew-Besuchs war falsch !
(GDS Nr.27, Dez.1981)

Dokument 2 :

Offener Brief von GDS an die Mitglieder und Sympathisanten von
GUAfS vom 27.12.81

Dokument 3 :

Grußadresse von GDS an den 12. Kongreß der GUAFS vom 30.12.82

Dokument 4 :

Stellungnahme von GDS zum Vorschlag der GUAfS zu einer Protestaktion gegen die militärische Besetzung Afghanistans (28.11.83)

Dokument 5 :

Erste offizielle Antwort der GUAfS auf die Kritiken von GDS (30.3.84)

Dokument 6 :

Grußadresse von GDS an den 13. Kongreß der GUAfs mit dem Vorschlag zu einer Diskussionsveranstaltung (18.4.84)

Stellungnahme in Nr.27 von GEGEN DIE STRÖMUNG, vom Dezember 1981 und Flugblatt von GDS, welches auf der Demonstration zum Breschnew-Besuch verteilt wurde :

EINE NOTWENDIGE KRITIK AN BEFREUNDETEN ANTIIMPERIALISTISCHEN ORGANISATIONEN :

Die Teilnahme an der Demonstration der «Grünen» aus Anlaß des Breschnew-Besuchs war f a l s c h !

Im Zusammenhang mit dem Staatsbesuch des Vertreters des sowjetischen Sozialimperialismus, Breschnew in Bonn, kam es zu verschiedenen Demonstrationen und Kundgebungen: Ausgesprochen reaktionäre imperialistische Großkundgebungen zur Wahrung und Verteidigung der Interessen des westdeutschen Imperialismus, auf denen die revisionistische und faschistisch-antikommunistische Propaganda ganz offen und unverhüllt vorgebracht wurde; eine Jubeldemonstration der DKP, den Lakaien des sowjetischen Sozialimperialismus; eine relativ große Demonstration der MARXISTISCHEN GRUPPEN, deren erklärtes Ziel es war, Breschnew "auf den wahren Weg des Sozialismus zurückzuführen" und ihn vor der NATO zu "warnen" (Motto: "Leonid, was willst du hier, die NATO will den Krieg mit dir!" Die MARXISTISCHEN GRUPPEN sind gleichzeitig in ihrer Propaganda darum bemüht, den westdeutschen Imperialismus zu verharmlosen, wenn sie ihn als "politischen Zwerg" im Vergleich zum US-Imperialismus darstellen, der unter dem "Oberkommando der USA" stehen soll; damit befinden sie sich in bester opportunistischer Gesellschaft). Schließlich gab es auch eine von den "Grünen" organisierte Demonstration, an der etwa 5 - 6 000 Demonstranten teilnahmen.

Die "Grünen" hatten ganz bewußt herausgestellt, daß sie nicht gegen die imperialistischen Banditengespräche zwischen Breschnew und Schmidt waren und sie unterstrichen das kurz vor der Demonstration erneut mit "Offenen Briefen" an Schmidt und Breschnew, in denen sie diesen beiden Häuptern imperialistischer Mächte erneut wie schon in ihrem Aufruf zur Demonstration bestätigten, daß sie ihre imperialistischen Schachereien und Rivalitäten ausdrücklich unterstützten!

Der Block der "Grünen" auf der Demonstration, der mehr als die Hälfte der Demonstrationsteilnehmer umfaßte, war denn auch geprägt von PAZIFISMUS UND ILLUSIONSMACHEREI ÜBER DIESE BEIDEN IMPERIALISTISCHEN GROSSMÄCHTE! Dieser Block prägte auch das Bild der Demonstration insgesamt, die damit im wesentlichen zu einer proimperialistischen Demonstration wurde.

Der andere Teil der Demonstration stand aber ebenfalls unter dem beherrschenden Einfluß des Opportunismus. Die großen Blöcke von KPD und KABD dort sicherten ebenfalls dem Pazifismus und Chauvinismus seine Propagandamöglichkeiten mit Parolen wie: "Für eine atomwaffenfrei Zone vom Atlantik bis zum Ural" - so der KABD (getreu dem chauvinistischen Motto: Soll der imperialistische Krieg sich doch auf die Gebiete Asiens, Afrikas und Lateinamerikas beschränken - Hauptsache UNSER KULTUREUROPA BLEIBT IN FRIEDEN); "Deutschland darf kein Schlachtfeld werden!" - so die KPD (betreibt der KABD ganz allgemein europäischen Chauvinismus, "konzentriert" sich die KPD ganz gezielt auf den deutschen Chauvinismus, der von ihr schon seit über zehn Jahren stetig propagiert wird).

Im Rahmen von Aktionseinheitsverhandlungen zum Besuch Breschnews in Bonn, die von der GENERALUNION AFGHANISCHER STUDENTEN (GUAFS) organisiert worden waren, wurde auch die Frage sehr lebhaft diskutiert, ob die beteiligten Organisationen (ATIF, ATIF/Duisburg - der Teil der ATIF, der von den PARTIZAN-Anhängern abgespalten wurde, SYMPATHISANTEN DER IRANISCHEN ORGANISATION PEYKAR, die Zeitschrift WAHRHEIT / Siegen-Olpe, DEVRIMCI HALKIN BIRLIGI, GEGEN DIE STRÖMUNG,

ANTIIMPERIALISTISCHES KOMITEE FRANKFURT) sich an der Demonstration der "Grünen" beteiligen sollten, oder aber ob sie eine eigene revolutionäre Demonstration organisieren sollten. Der Vertreter von GEGEN DIE STRÖMUNG hatte von Anfang an jegliche Form der Beteiligung an der Demonstration der "Grünen" abgelehnt, da das eine gemeinsame Demonstration mit Kräften bedeutet hätte, die ganz ausdrücklich eine proimperialistische Propaganda auf ihre Fahnen geschrieben hatten. Die Propaganda der "Grünen" auf der Demonstration bestätigte diese Einschätzung des Vertreters von GEGEN DIE STRÖMUNG voll und ganz.

Im Rahmen der Aktionseinheitsverhandlungen konnte sich der Vertreter von GEGEN DIE STRÖMUNG allerdings mit diesen Auffassungen nicht durchsetzen, so daß alle teilnehmenden Organisationen außer GEGEN DIE STRÖMUNG und das ANTIIMPERIALISTISCHE KOMITEE FRANKFURT beschlossen, einen "revolutionären Block" im Rahmen der Demonstration der "Grünen" zu bilden. Auf der Demonstration selbst zeigte sich allerdings, daß es tatsächlich keinen revolutionären Block geben hat! Wahr bildete nach dem Block der "Grünen" GUAFS die Spitze des zweiten Teils der Demonstration, in diesem Teil aber tummelten sich die Opportunisten von KPD und KABD, die in verschiedenen kleineren Blöcken verteilt waren. Außerdem gab es - und das ist in gewisser Weise das eigentlich entscheidende - keine klar gegen die "Grünen" gerichtete REVOLUTIONÄRE PROPAGANDA, die jedem Demonstrationsteilnehmer und Außenstehenden klar und unmißverständlich den Unterschied oder Gegensatz zwischen den beiden Teilen der Demonstration klargemacht hätte.

Angesichts dieses opportunistischen Nachgebens revolutionärer Organisationen gegenüber der proimperialistischen Propaganda der "Grünen" und dem Pazifismus und Chauvinismus von KPD und KABD bestätigt sich einerseits die vollständige Berechtigung der Kritik von GEGEN DIE STRÖMUNG, die im nachfolgend wiedergegebenen Flugblatt an diesen Organisationen geäußert wurde. Andererseits gewann aber überhaupt das Flugblatt von GEGEN DIE STRÖMUNG als der einzigen wirklich REVOLUTIONÄREN PROPAGANDA GEGEN DIE "GRÜNEN" an Bedeutung. Die mehrere tausend verteilten Exemplare fanden bei etlichen Demonstrationsteilnehmern aufmerksames Interesse und Zustimmung, während KPD-Ordner wieder an ihrer Tradition aus der Zeit der KPD/ML anknüpften, und Überfälle auf die Verteiler dieser Flugblätter versuchten.

GEGEN DIE STRÖMUNG sieht es als seine revolutionäre Pflicht an, in gründlicher Debatte seine Kritik an den revolutionären Organisationen sowohl im einzelnen als auch ganz grundsätzlich vorzubringen und diese Organisationen von der Richtigkeit dieser Kritik zu überzeugen. Nachfolgend das verteilte Flugblatt.

BRESCHNEW UND SCHMIDT FÜHREN BANDITENGESPRÄCHE IN BONN :

Ohne Kampf gegen den westdeutschen Imperialismus ist der Kampf gegen den sowjetischen Sozialimperialismus KEIN WIRKLICH ANTIIMPERIALISTISCHER KAMPF !

Die westdeutschen Imperialisten sind eifrig darum bemüht, ihren Friedenswillen zu beteuern, indem sie "mit Skepsis und mit Sorge die Aufrüstung der Sowjetunion (aber auch der USA - so ergänzen sie 'ausgewogen') verfolgen". Gleichzeitig aber bauen sie immer weiter und immer perfekter ihr eigenes Kriegsinstrument aus, die imperialistische Bundeswehr, gleichzeitig treiben sie die Militarisierung des Lebens immer umfassender voran.

Die westdeutschen Imperialisten bereiten sich wie alle imperialistischen Mächte auf die Neuauftteilung der Welt vor. Die imperialistische Rivalität um diese Neuauftteilung geht quer durch alle Lager, beschränkt sich also keineswegs auf eine Rivalität zwischen dem "Osten" und dem "Westen". Gespräche zwischen Vertretern imperialistischer Mächte dienen den jeweiligen Interessen, und auch das Gespräch zwischen Schmidt als dem Vertreter des westdeutschen Imperialismus und Breschnew als dem Vertreter des sowjetischen Sozialimperialismus bewegt sich in diesem Rahmen.

SOLL MAN DIE GESPRÄCHE ZWISCHEN SCHMIDT UND BRESCHNEW BEGRÜSSEN ?

Von CDU und SPD über DKP bis zu den "Grünen" nebst KPD von Aust und KBW sind sich alle einig: ALLE BEGRÜSSEN DIE GESPRÄCHE !

Genauso, wie wir wegen unserer antifaschistischen Haltung jegliche faschistische und antikommunistische Hetze scharf bekämpfen, die im Zusammenhang mit dem Breschnew-Besuch demagogisch betrieben wird, genauso erfordert unsere antiimperialistische Haltung einen entschiedenen Kampf gegen solche imperialistischen Banditengespräche.

Wozu dienen die Gespräche zwischen Breschnew und Schmidt?

EIN GESPRÄCHSTHEMA: POLEN

Die westdeutschen Imperialisten strecken schon seit etlichen Jahren ihre gierigen Klauen nach Polen aus - und geraten dabei unweigerlich in Konflikt mit den sowjetischen Sozialimperialisten. Die Krise in Polen ist ein Ergebnis der imperialistischen Ausbeutung der Werktätigen Polens durch die sozialimperialistische Sowjetunion, aber auch Ergebnis der Ausbeutung durch die westdeutschen Imperialisten vermittels gigantischer Kredite und auf anderen Wegen. Das hat zur heutigen Krise in Polen geführt. Die Unruhen in Polen vor dem Hintergrund dieser Krise sind für die sowjetischen Sozialimperialisten eine ernste Bedrohung ihrer Herrschaft. Die westdeutschen Imperialisten drohen ihrerseits den sowjetischen Sozialimperialisten mit ihrem Einfluß auf die Bewegung in Polen.

Breschnew und Schmidt werden also um Polen schachern, wie sie dort ihre rivalisierenden imperialistischen Interessen gegeneinander abstecken können. Wie auch immer dieser Schachzug ausgeht, fest steht, daß er auf Kosten der Arbeiter und Bauern Polens geht, an deren Verelendung sowohl die westdeutschen Imperialisten als auch die sowjetischen Sozialimperialisten maximal profitieren wollen.

EIN ANDERES GESPRÄCHSTHEMA: AFGHANISTAN

Die sowjetischen Sozialimperialisten sind in Afghanistan in einen Guerrillakrieg größten Ausmaßes gegen die Werktätigen Afghanistans verstrickt. Über 150 000 sowjetische Soldaten in Afghanistan weiten diesen Krieg immer mehr aus. Sie führen den Krieg mit denselben barbarischen Mitteln, die vor einem Jahrzehnt die US-Imperialisten in Indochina eingesetzt hatten. Der einzige Unterschied:

Die US-Imperialisten behaupteten unverfroren: "WIR VERTEIDIGEN DIE FREIHEIT"!

Die sowjetischen Sozialimperialisten behaupten unverfroren: "WIR VERTEIDIGEN DEN SOZIALISMUS"!

Die westdeutschen Imperialisten versuchen, sich als "Verteidiger der Unabhängigkeit Afghanistans" zu verkaufen. Wie aber sieht diese "Unabhängigkeit für Afghanistan" aus? Das enthüllt der berüchtigte EG-Plan für Afghanistan: Der eine Teil Afghanistans soll von den westlichen Imperialisten mit 40 000 UNO-Soldaten besetzt werden, der andere Teil von 40 000 sowjetischen Soldaten weiter okkupiert bleiben, und in diesen beiden Teilen sollen zwei Kolonialregierungen herrschen. Die westdeutschen Imperialisten kämpfen also einzig und allein darum, Afghanistan unter ihre eigene imperialistische Kontrolle zu bringen.

Daher fürchten sie ebenso wie die sowjetischen Sozialimperialisten den Kampf der Volksmassen Afghanistans, der gegen jegliche imperialistische Herrschaft gerichtet ist. Aus diesem Grund unterstützen die westdeutschen Imperialisten auch die reaktionärsten faschistischen Kräfte und Parteien Afghanistans, da diese es als ihre vordringlichste Aufgabe betrachten, die fortschrittlichen und revolutionären Kräfte in Afghanistan zu bekämpfen.

Breschnew und Schmidt werden also um Afghanistan schachern, wie sie trotz ihrer imperialistischen Rivalität um die jeweiligen Einflußsphären in Afghanistan gemeinsam den revolutionären Kampf der Volksmassen Afghanistans brechen können, der gegen jegliche imperialistische Herrschaft gerichtet ist.

Die Antimperialisten in Westdeutschland müssen eben aus diesen Gründen gerade den REVOLUTIONÄREN Widerstand in Afghanistan mit aller Entscheidung unterstützen, während sie mit der gleichen Entschiedenheit nicht nur gegen die sozialimperialistischen Besatzer in Afghanistan kämpfen müssen; hier in Westdeutschland muß dieser Kampf auch gegen den westdeutschen Imperialismus dadurch gerichtet werden, daß ganz besonders auch die von den westdeutschen Imperialisten unterstützten reaktionären faschistischen afghanischen Kräfte und Parteien bekämpft werden müssen. Nur so ist ein wirklich antimperialistischer Kampf gegen den sowjetischen Sozialimperialismus möglich. Ein' Verzicht auf diesen Zweifrontenkampf mit Schwerpunkt hier in Westdeutschland auf die Entlarvung der heuchlerischen Rolle des westdeutschen Imperialismus würde nichts anderes als eine Unterstützung des westdeutschen Imperialismus in seiner imperialistischen Rivalität mit dem sowjetischen Sozialimperialismus bedeuten, eine Sabotage am revolutionären Widerstandskrieg in Afghanistan.

**NIEDER MIT DER SOWJETISCHEN INVASION IN AFGHANISTAN !
NIEDER MIT DEN REAKTIONÄREN FASCHISTISCHEN KÄRFTEN AFGHANISTANS, DIE
DIENER DER WESTDEUTSCHEN IMPERIALISTEN SIND !**

UNTERSTÜTZT DEN REVOLUTIONÄREN VOLKSKRIEG UND DIE WIRKLICH REVOLUTIONÄREN KÄRFTE IN AFGHANISTAN GEGEN DEN SOWJETISCHEN SOZIALIMPERIALISMUS !

Gegen die sozialimperialistische Sowjetunion Breschnews ! Für eine sozialistische Sowjetunion im Geist Stalins !

Die Marxisten-Leninisten der Welt kämpfen seit Jahren gegen den verbrecherischen Verrat der modernen Revisionisten Chruschtschows und Breschnews. Sie haben das große Ansehen, das die Sowjetunion zur Zeit Stalins bei den Völkern der Welt besessen hatte, für ihre revisionistisch-imperialistische Politik mißbraucht, indem sie ihren Imperialismus als "Sozialismus" zu verkaufen versuchen. Damit haben die Revisionisten dem Antikommunismus einen ungeheuren Auftrieb verliehen, der demagogisch die sozialimperialistischen Verbrechen der Sowjetunion Breschnews als "Verbrechen der Kommunisten" ausgibt.

G Die Marxisten-Leninisten müssen diese Demagogie entlarven. Ihr Kampf gegen den sowjetischen Sozialimperialismus hat als Grundlage die Verteidigung der Sowjetunion zur Zeit STALINS ! So kann der Antikommunismus unter der Fahne des "Kampfes gegen den sowjetischen Sozialimperialismus" entlarvt werden!

Die Arbeiter und Bauern der heutigen Sowjetunion, die unter imperialistischer Ausbeutung und Unterdrückung leiden, werden eines Tages mit Gewißheit den Völkern der Welt beweisen, daß sie die Kraft besitzen, erneut das Banner der sozialistischen Oktoberrevolution zu erheben und den sowjetischen Sozialimperialismus hinwegzufegen, wie sie einst den Zarismus hinweggefegt haben, sie werden mit Gewißheit aller Welt zeigen, daß die Diktatur des Proletariats zur Zeit Lenins und Stalins ein mächtiges sozialistisches Land und ein Bollwerk des Weltproletariats geworden war, indem sie selbst an die Schaffung eines solchen Bollwerks gehen!

Die antikommunistischen und proimperialistischen Seifenblasen der "Grünen" zum Platzen bringen !

Die "Grünen", die bisher vor allem als Umweltschützer aufgetreten sind und ein Sammelbecken bildeten für viele resignierende Kräfte, die früher einmal einen revolutionären Anspruch hatten, sie etablieren sich zunehmend. Die ideologische Grundlage dieser Partei ist der Antikommunismus und Antistalinismus im Gewand eines "dritten Weges zwischen rot und schwarz, eines grünen Weges"; das ist nichts anderes als eine Neuauflage des "friedlich-parlamentarischen Weges". Unter der Maske der Ablehnung der etablierten Parteien wecken die "Grünen" Illusionen gerade bei fortschrittlichen Jugendlichen. Diese Illusionen müssen von den wirklichen Revolutionären unermüdlich entlarvt werden.

Politisch zeigt das Auftreten der "Grünen" beim Breschnew-Besuch in Bonn, wie tief sie schon im proimperialistischen Netz verstrickt sind, wie stark sie mit konterrevolutionären Kräften verbunden sind, wie sehr sich professionelle Volksbetrüger, die von den etablierten Parteien aus welchen Gründen auch immer zu den "Grünen" gewechselt sind, in deren Reihen zu profilieren versuchen. Im Aufruf der "Grünen" zum Breschnew-Besuch heißt es unter anderem:

"Wir nehmen dies (den Besuch Breschnews) zum Anlaß, erneut deutlich zu machen, daß Abrüstung und die Verwirklichung von Menschenrechten in Ost und West notwendig sind.

Unsere Initiative richtet sich nicht gegen den Besuch von Leonid Breschnew. Wir begrüßen Gespräche zwischen Ost und West auf allen Ebenen und meinen, daß Verhandlungsangebote der UdSSR ernsthaft geprüft werden sollten."

"Unsere Regierungen müssen eigene Initiativen für wirksame Abrüstungsverhandlungen und zur Fortsetzung der Entspannungspolitik ergreifen."

Klar, daß mit keinem Wort die SPD oder gar der westdeutsche Imperialismus angeprangert werden. Der ganze Aufruf ist eine Ergebenheitsadresse an den westdeutschen Imperialismus. Die Demagogie der SPD/FDP-Regierung von "Abrüstung und Entspannung" wird ausdrücklich aufgegriffen, und die "Grünen" unterstützen "unsere" Regierung ausdrücklich in ihrer imperialistischen Politik der "Gespräche" mit dem Vertreter des sowjetischen Sozialimperialismus. Die Plattform der "Grünen" betreibt imperialistischen Pazifismus, der an die Vernunft der Ausbeuter und Kriegstreiber der Welt appelliert.

Der westdeutsche Imperialismus will sich bei der Verfolgung seiner selbstständigen imperialistischen Großmachtinteressen auf eine proimperialistische, chauvinistische "neutralistisch-patriotische" Massenbewegung stützen, um so besser seine Interessen gegen US-Imperialismus, sowjetischen Sozialimperialismus und auch andere Imperialisten durchsetzen zu können. Die "Grünen" leisten den westdeutschen Imperialisten zusammen mit den JUSOS, "Charta 77", Eurorevisionisten der KPI, Deutschen Jungdemokraten, aber auch KBW und KPD, die alle die "Grünen" bzw. ihre Plattform unterstützen, gerade diese wertvollen Dienste!

Die Revolutionäre müssen einen klaren Trennungsschlag zu diesen proimperialistischen Kräften, zu dieser proimperialistischen Politik ziehen !

Aus diesen Gründen ist es völlig falsch - gerade aus Anlaß des Breschnew-Besuchs - sich an der Demonstration der "Grünen" mit einem "revolutionären Block" zu beteiligen, sei es auch aus "taktischen" Gründen.(*) Denn unser antiimperialistischer und antifaschistischer Kampf gegen den sowjetischen Sozialimperialismus hat mit diesem proimperialistischen "Protest" nichts, aber auch gar nichts gemein. Vielmehr richtet er sich ausdrücklich gegen diese proimperialistische Politik.

Das werden wir in einer gründlichen und solidarischen Diskussion mit GUAFS, ATIF, Sympathisanten der PEYKAR und anderen Kräften, die den "revolutionären Block" bei den "Grünen" tragen, klarstellen.

TOD DEM WESTDEUTSCHEN IMPERIALISMUS ! NIEDER MIT SCHMIDT !
TOD DEM SOWJETISCHEN SOZIALIMPERIALISMUS ! NIEDER MIT BRESCHEW !

NIEDER MIT DEM REVISIONISMUS UND IMPERIALISMUS BRESCHNEWS !
ES LEBE DER MARXISMUS-LENINISMUS UND DIE DIKTATUR DES PROLETARIATS
LENINS UND STALINS !



(*) GEGEN DIE STRÖMUNG hat gemeinsam mit GUAFS, ATIF und Sympathisanten von PEYKAR eine Aktionsplattform ausgearbeitet und unterschrieben, die wir nach wie vor unterstützen. Im Verlauf der weiteren Verhandlungen wurde dann aber der Vorschlag abgelehnt, eine eigene revolutionäre Demonstration durchzuführen, unabhängig und gegen alle proimperialistischen Kräfte.

OFFENER BRIEF VON GEGEN DIE STRÖMUNG AN DIE MITGLIEDER UND SYMPATHISANTEN VON GUAFS :

DIE TEILNAHME DER GUAFS AN DER DEMONSTRATION DER "GRÜNEN" AUS ANLASS DES BRESCHNEW-BESUCHS IN BONN WAR FALSCH !

Im Rahmen der mehrere Monate währenden Vorbereitungen der GUAFS auf den Besuch Breschnews in Bonn kam es bei den Aktionseinheitsverhandlungen der GUAFS mit den Organisationen ATIF, ATIF e.V., PARTIZAN, SYMPATHISANTEN VON PEYKAR, GEGEN DIE STRÖMUNG, DEVRIMCI HALKIN BIRLIĞI, FIGHT BACK, WAHRHEIT (Siegen/Olpe), ANTIIMPERIALISTISCHES KOMITEE FRANKFURT zu einer Auseinandersetzung über die Art, wie die Demonstration gegen Breschnew zu organisieren sei, die nach unserer Ansicht von großer Bedeutung gewesen ist. Wir wenden uns deshalb mit diesem OFFENEN BRIEF an die Führung und an die Mitglieder der GUAFS. Er soll dazu beitragen, hier in Westdeutschland eine festere Einheit der antiimperialistischen und antifaschistischen Kräfte herzustellen.



27. Dezember 1981

1) GEGEN DIE STRÖMUNG UNTERSTÜTZT DIE GEMEINSAM ERARBEITETE AKTIONSEINHEITSPLATTFORM NACH WIE VOR

Bereits am 24.8.1981, also fast drei Monate vor dem Besuch Breschnews in Bonn hatte GUAFS eine Einladung an zahlreiche Organisationen verschickt unter dem Motto: Verstärkt den antiimperialistischen und antifaschistischen Kampf. Bei den Verhandlungen waren - wie leider schon üblich - nur die wenigen oben genannten Organisationen erschienen. Dort wurde ein Aufruf ausgearbeitet, woran auch der Vertreter von GEGEN DIE STRÖMUNG beteiligt war, der die inhaltliche Grundlage für die Aktivitäten der Aktionseinheit anlässlich des Besuchs Breschnews in Bonn sein sollte.

Mit dieser Plattform ist GEGEN DIE STRÖMUNG nach wie vor inhaltlich voll und ganz einverstanden.

Als es dann aber darum ging, entsprechend diesem Aufruf eine revolutionäre Demonstration zu organisieren, kam im Rahmen der Aktionseinheitsverhandlungen der Plan auf, sich einfach an der Demonstration der "Grünen" zu beteiligen.

2) FÜR EINE KLARE TRENNUNGS LINIE ZU ALLEN PROIMPERIALISTISCHEN KRÄFTEN ! KEINE GEMEINSAME DEMONSTRATION MIT PROIMPERIALISTISCHEN KRÄFTEN !

Gerade in den letzten Monaten bestätigte sich auch in Westdeutschland, von welch fundamentaler Bedeutung es ist, beim antiimperialistischen Kampf stets den Kampf gegen alle Imperialisten im Auge zu behalten:

- Faschistische afghanische Organisationen, die sich mit der Fahne des Islam tarnen und fest mit den westdeutschen und anderen westlichen Imperialisten verbunden sind, hatten am 29.Juni in Frankfurt eine Veranstaltung der GUAFS überfallen
- An verschiedenen Universitäten in Westdeutschland kam und kommt es immer wieder zu Überfällen auf iranische Antiimperialisten. Diese Überfälle werden organisiert und gemeinsam durchgeführt von reaktionär - islamischen Khomeini-Anhängern und von Anhängern des sowjetischen Sozialimperialismus im Iran von der Tudeh-Partei; dabei werden sie unterstützt von faschistischen Kräften aus der Türkei ("Graue Wölfe") und aus Afghanistan.

Diese und noch etliche weitere Tatsachen zeigen, daß die Kräfte, die im Dienste der verschiedensten Imperialisten arbeiten, gegen die revolutionären, wahrhaft antifaschistischen antiimperialistischen Kräfte und Organisationen fest zusammenhalten und sich gegenseitig unterstützen.

Angesichts dieser konterrevolutionären Zusammenarbeit der Diener und Anhänger verschiedener Imperialisten müssen die Antiimperialisten und Antifaschisten stets darauf achten, daß sie beim Kampf gegen den jeweiligen Hauptfeind in ihrem eigenen Land nicht den Kampf gegen alle Imperialisten vernachlässigen.

Wir westdeutschen Marxisten-Leninisten meinen, daß es hier in Westdeutschland ganz besonders wichtig ist, die Rolle des westdeutschen Imperialismus überall auf der Welt herauszustellen und seine Verbrechen zu bekämpfen. Die GUAFS hat in dieser Hinsicht sehr gut die imperialistischen Pläne des westdeutschen Imperialismus im Rahmen der EG in bezug auf Afghanistan entlarvt. Gerade für die GUAFS hier in Westdeutschland ist es besonders wichtig, sich eindeutig und unmißverständlich von allen Kräften abzugrenzen, die den Kampf des afghanischen Volkes gegen den sowjetischen Sozialimperialismus dazu verwenden wollen, die Interessen des westdeutschen Imperialismus an Afghanistan zu unterstützen.

GUAFS wehrt sich mit Recht gegen alle Diffamierungsversuche, die den Widerstand in Afghanistan als vom CIA gesteuert hinstellen wollen und GUAFS als eine proimperialistische Organisation verleumden. Gerade für ihre revolutionäre Haltung wird GUAFS auch hier in Westdeutschland von den westdeutschen Behörden verfolgt.

Aus all diesen Gründen war es beim Besuch Breschnews in Bonn von ganz besonderer Bedeutung, daß GUAFS sich mit einer von ihr organisierten Demonstration ganz klar als eine revolutionär-antiimperialistische Organisation repräsentierte. Diese Demonstration hätte der Öffentlichkeit in Westdeutschland unmißverständlich klargemacht, daß der Widerstand in Afghanistan keinesfalls von den westlichen Imperialisten kontrolliert wird, dass es in Afghanistan eine von allen Imperialisten unabhängige Widerstandsbewegung gibt, und gerade diese Bewegung unterstützt GUAFS.

All dies waren Gründe, weswegen der Vertreter von GEGEN DIE STRÖMUNG bei den Aktionseinheitsverhandlungen von Anfang an für eine eigene Demonstration der GUAFS eintrat, auch wenn sie dadurch kleiner wäre - sie hätte aber dafür den wahren Antiimperialismus beim Kampf gegen den sowjetischen Sozialimperialismus in Afghanistan gezeigt.

3) DER VERANTWORTLICHE DER GUAFS BEI DEN AKTIONSEINHEITSVERHANDLUNGEN MUSS WEGEN SEINES EINTRETENS FÜR EINE GEMEINSAME DEMONSTRATION MIT DEN "GRÜNEN" K R I T I S I E R T WERDEN

Der Verantwortliche von GUAFS ist für eine gemeinsame Demonstration mit den "Grünen" eingetreten und hat damit faktisch dem Grundsatz von GUAFS widersprochen, den Kampf für die Unabhängigkeit des afghanischen Volkes gegen alle Imperialisten, gegen imperialistische Schachereien um Afghanistan zu führen. Denn die Demonstration der "Grünen" trat genau für die imperialistischen Schachereien um Afghanistan ein, wenn die "Grünen" ausdrücklich die Gespräche zwischen Breschnew und Schmidt begrüßten. Im Rahmen der Beteiligung der GUAFS an der Demonstration der "Grünen" wurde keine Propaganda gegen diese von den "Grünen" unterstützten imperialistischen Gespräche gemacht. Das war ein schwerer politischer Fehler!

Die Demonstration selbst bestätigte, daß in der Tat die "Grünen" in ihrem Teil der Demonstration gerade jene proimperialistische Haltung propagierten, imperialistischen Pazifismus propagierten und auf jegliche Kritik am westdeutschen Imperialismus und seinen Politikern verzichteten.

4) DER FÜR DAS FLUGBLATT VON GUAFS VERANTWORTLICHE " F Ü R F R I E - D E N G E G E N K R I E G " MUSS K R I T I S I E R T WERDEN

Während der Demonstration der "Grünen" wurde keine Kritik an den "Grünen" als Flugblatt von GUAFS verteilt. Stattdessen wurde ein Flugblatt mit dem Titel "Für Frieden gegen Krieg" verteilt, für das GUAFS verantwortlich zeichnet.

Dieses Flugblatt erweckt durch das Aufzählen aller Organisationen am Ende des Flugblattes, die den Aufruf zur Demonstration unterzeichnet hatten (x), den Eindruck, als ob dieses Flugblatt von die-

(x) GEGEN DIE STRÖMUNG wird auf dem Flugblatt nicht genannt, obwohl wir den Aufruf unterzeichnet hatten, eben nur nicht als Aufruf zur Demonstrationsteilnahme bei den "Grünen"; aber es wird WEST-BERLINER KOMMUNIST genannt, obwohl dieser ganz genau dieselbe Haltung wie GEGEN DIE STRÖMUNG eingenommen hatte.

sen Organisationen unterstützt würde. Das ist aber nicht der Fall.

Der Inhalt des Flugblattes, der von dem dafür Verantwortlichen der GUAFS mit keiner Organisation abgesprochen worden war, ist aber keinesfalls identisch mit dem Inhalt des gemeinsam beschlossenen Aufrufs. Unsere Hauptkritikpunkte:

- Schon die Überschrift "Für Frieden gegen Krieg" ist unseres Erachtens gerade für die GUAFS ein sträflicher Opportunismus, da die GUAFS auf keinen Fall für einen imperialistischen Frieden in Afghanistan eintreten darf und bisher ganz entschieden den revolutionären Krieg der kämpfenden Volksmassen Afghanistans gegen den sowjetischen Sozialimperialismus und seine Handlanger in Afghanistan mit all ihren Kräften unterstützt hat. Die Überschrift dieses Flugblattes ist unserer Meinung nach ein schwerwiegender opportunistisches Zugeständnis an den imperialistischen Pazifismus und ein überaus ernster Hieb gegen Theorie und Praxis der GUAFS-Mitglieder, die die revolutionär-antiimperialistische Politik der GUAFS vertreten.
- Ganz im Gegensatz zum Inhalt des gemeinsam beschlossenen Aufrufs wird in dem von der GUAFS zu verantwortenden Flugblatt der antiimperialistische Kampf auf den Kampf "gegen die SU und den Warschauer Pakt, sowie gegen die USA und die NATO" beschränkt. Und das ausgerechnet angesichts des Besuchs des Vertreters des sowjetischen Sozialimperialismus beim Vertreter des westdeutschen Imperialismus!

Das sind zwei sehr gravierende Abweichungen vom revolutionären Standpunkt von GUAFS und auch vom gemeinsamen Aufruf, die unserer Meinung nach die GUAFS-Mitglieder unbedingt kritisieren müssen, wenn sie die bisherige Politik der GUAFS verteidigen wollen.

5) DEN GRUNDSATZ DER FREIHEIT DER PROPAGANDA VERLETZT

Vor Beginn der Demonstration versuchten Vertreter der GUAFS zu erreichen, daß Mitglieder und Freunde von BOLSEVIK PARTIZAN ein Transparent mit den Bildern von MARX, ENGELS, LENIN und STALIN entfernen, wogegen diese sich mit Recht wehrten.

Statt also wie vereinbart in dem gemeinsam beschlossenen Aufruf, den Kampf gegen alle Imperialisten zu führen, wird darauf nicht nur verzichtet, sondern einige Vertreter von GUAFS führten sogar stattdessen den Kampf gegen die Propagierung des Marxismus-Leninismus.

Angesichts der Forderung faschistischer Reaktionäre aus Afghanistan - die die GUAFS als "kommunistisch" zu diffamieren versuchen - den Kampf gegen die sozialimperialistische Sowjetunion als einen "Kampf gegen den Kommunismus" zu führen, muß es doch bei der ganzen Politik von GUAFS als besonders wichtig angesehen werden, daß GUAFS ihren demokratischen Charakter unter Beweis stellt. Diesem demokratischen Charakter entspricht es eben, daß GUAFS mit allen Kräften unabhängig von ihrer jeweiligen Weltanschauung zusammenarbeitet, die den Kampf der GUAFS gegen die sowjetischen Sozialimperialisten und alle anderen Imperialisten unterstützt.

Wir meinen, daß die tatsächlich antikommunistische Forderung, die Bilder von MARX, ENGELS, LENIN und STALIN zu entfernen, von den GUAFS-Mitgliedern verurteilt werden soll.

6) AUF DER SCHLUSSKUNDGEBUNG DER "GRÜNEN" HAT DER REDNER VON GUAFS DIE DEMONSTRATIONSTEILNEHMER AUFGEFORDERT, FÜR DIE "FREIHEITLICH-DEMOKRATISCHE GRUNDORDNUNG" DES WESTDEUTSCHEN IMPERIALISMUS EINTRETEN

Auf der Schlusskundgebung der "Grünen" durfte auch ein Vertreter der GUAFS reden. Wie hat er diese Gelegenheit genutzt? Im Namen sämtlicher Organisationen, die den Aufruf zur Teilnahme an der Demonstration der "Grünen" unterstützt hatten und sich zum sogenannten "revolutionären Block" zusammengeschlossen hatten, kritisierte er zwar richtig die Parole vom "Frieden in Europa", die den Krieg außerhalb Europas billigend in Kauf nimmt, er trat auch klar für den revolutionären Krieg in Afghanistan ein; er warf auch die Frage auf, daß man gegen den imperialistischen Weltkrieg nur kämpfen könne, wenn man die Ursachen eines solchen Krieges bekämpfe.

Aber alle diese, im Vergleich zum Flugblatt der GUAFS fortschrittliche Parolen wurden in gewisser Weise wieder zunichte gemacht, als der Sprecher der GUAFS forderte, man solle gegen die Hausarrest-Auflagen westdeutscher Behörden gegen Mitglieder der GUAFS die "freiheitlich-demokratische Grundordnung" verteidigen! Dabei ist es gerade diese "freiheitlich-demokratische Grundordnung", die das Ausländergesetz ermöglicht, die rassistische Asylanten-Politik etc.etc. Die "freiheitlich-demokratische Grundordnung" ist das Grundgesetz des westdeutschen Imperialismus!

Damit hat der GUAFS-Vertreter ein weiteres Mal ausdrücklich den Kampf gegen den westdeutschen Imperialismus untergraben - und das ausgerechnet angesichts der Unterdrückungsmaßnahmen westdeutscher Behörden gegen Mitglieder der GUAFS! Die GUAFS-Mitglieder müssen das Zurückweichen des GUAFS-Vertreters vor dem Druck des westdeutschen Imperialismus gegen GUAFS verurteilen.

Dieser OFFENE BRIEF ist ein offenes Wort von GEGEN DIE STRÖMUNG, vom Willen der Solidarität getragen an die Führung und an die Mitglieder der GUAFS. Er hat zum Ziel, unsere bisherige antiimperialistische Zusammenarbeit zu festigen. Wir meinen, daß diese engere Zusammenarbeit gerade durch eine offene und ehrliche Sprache erreicht wird.

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: W. Hofmann, Homburger Idstr. 52, 6 Frankfurt
Eigendruck im Selbstvertrieb

L E S T U N D S T U D · I E R T :

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

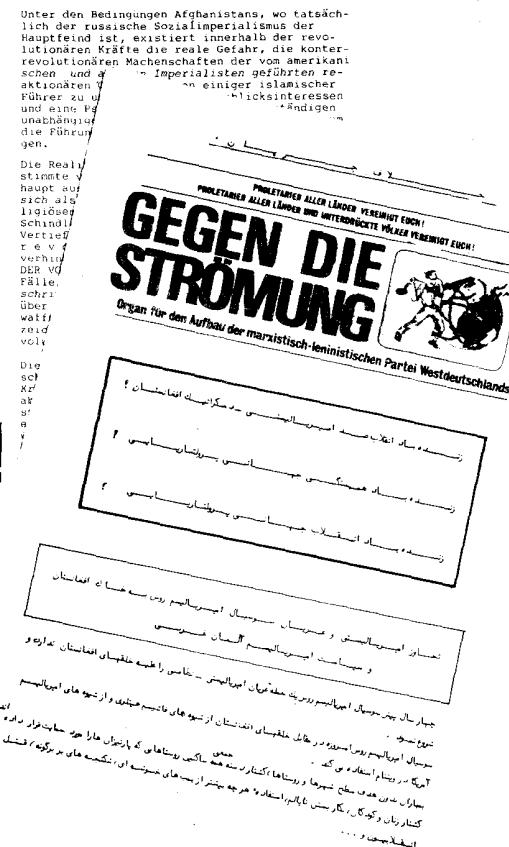
GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westdeutschlands

DEZEMBER 1983

**Es lebe die antiimperialistische demokratische Revolution in Afghanistan!
Es lebe der proletarische Internationalismus!
Es lebe die proletarische Weltrevolution!**



GRUSSADRESSE VON GEGEN DIE STRÖMUNG AN DEN 12. KONGRESS DER GUAFS, AM 30.12.1982

Liebe Freunde!

Wir bedanken uns für die Einladung zur Eröffnungsveranstaltung des 12. Kongresses der GUAFS und versichern unsere revolutionäre Solidarität mit dem Kampf der Völker Afghanistans gegen den sowjetischen Sozialimperialismus, den sie heute mit der Waffe in der Hand unter schwierigsten Bedingungen führen, mit dem Kampf auch gegen die US-Imperialisten, französischen Imperialisten und alle anderen Imperialisten, die versuchen, mit Bestechung und Erpressung sich den Kampf der Völker Afghanistans gegen den sowjetischen Sozialimperialismus zu ihrem eigenen imperialistischen Vorteil zu nutzen zu machen. Wir westdeutsche Marxisten-Leninisten heben dabei ganz besonders den Kampf gegen die Einflußversuche der westdeutschen Imperialisten in Afghanistan hervor, die mit ihrer imperialistischen Hilfe - sich das Elend der Flüchtlingslager in Pakistan zunutze machend -, mit ihren sozialdemokratischen Entwicklungshelfern und Politikern unter 'humanistischer' Maske ihre imperialistischen Ausbeuterinteressen verfolgen.

Die Arbeiter Afghanistans haben eine reiche kämpferische Tradition, die sie in den sechziger und siebziger Jahren im Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung des Imperialismus unter Beweis gestellt haben. Sie werden ganz gewiß im weiteren Verlauf der Entwicklung der demokratischen Revolution die führende Rolle übernehmen.

Die armen Bauern Afghanistans, die heute bereits die Mehrzahl unter den bewaffneten Befreiungskämpfern gegen den sowjetischen Sozialimperialismus und ihre afghanischen Kettenhunde der 'Chalk' und 'Partscham' stellen, werden die Hauptkraft im Kampf für ein demokratisch-revolutionäres, unabhängiges Afghanistan bilden. Das feste Bündnis der Arbeiter und Bauern Afghanistans ist der Garant des Sieges der demokratischen Volksrevolution.

Die demokratische Revolution in Afghanistan ist eine antiimperialistische Revolution. Der bewaffnete Befreiungskampf gegen den sowjetischen Sozialimperialismus unterstreicht das mit aller Deutlichkeit. Den Revolutionären in Afghanistan ist aber klar, daß sie sich gegen alle Imperialisten richten muß und wird.

Die demokratische Revolution ist zugleich eine Agrarrevolution. Der bewaffnete Befreiungskampf gegen den sowjetischen Sozialimperialismus wird niemals unter der Fahne der Verteidigung der feudalen Eigentumsverhältnisse auf dem Land zu einer wirklichen Befreiung führen, sondern nur auf dem Weg der Zerschlagung des Feudalismus.

Liebe Freunde der GUAFS !

Wir schätzen Eure Unterstützung gerade der revolutionären Kräfte in Afghanistan hoch ein. Wir wissen, daß Euch gerade deshalb die reaktionären islamistischen Organisationen Afghanistans, die ihre Hauptquartiere in Pakistan haben, hassen und fürchten. Wir erinnern an den Überfall dieser Kräfte auf die Veranstaltung der GUAFS in Frankfurt am 29.Juni 1981. Diese durch und durch reaktionären Kräfte bemühen sich mit allen Mitteln, den gerechten Widerstandskrieg der Volksmassen Afghanistans unter ihre Kontrolle zu bekommen. Die wahren Revolutionäre in Afghanistan werden die Verbrechen dieser Reaktionäre trotz ihres wilden Terrors ebenso entlarven und bekämpfen wie sie die Verbrechen der russischen Sozialimperialisten mit allen Mitteln bekämpfen.

Hier in Westdeutschland ist es besonders wichtig, im Kampf gegen die imperialistische Besetzung Afghanistans durch die russischen Sozialimperialisten sich nur mit den wirklichen Freunden der Völker Afghanistans zusammenzuschließen. Wir möchten dazu bemerken, daß aus diesem Grund Aktionseinheitsverhandlungen vor Demonstrationen und anderen Aktionen sehr wichtig sind, um zu verhindern, daß die falschen Freunde, die die Interessen der westdeutschen Imperialisten verteidigen oder aber mit reaktionär-islamistischen Organisationen aus Afghanistan verbunden sind, solche Aktionen unter ihre Kontrolle bekommen. Wir meinen, daß solche Aktionseinheitsverhandlungen auch vor der Demonstration am 27.12. 82 nötig gewesen wären, daß ein Verzicht auf revolutionäre Propaganda im Interesse der Arbeiter und Bauern Afghanistans unverzeihlich ist.

Wir möchten aber auch an unsere Kritik vom 27. Dezember 1981 erinnern, die wir an die Mitglieder und Sympathisanten der GUAfS in einem "OFFENEN BRIEF" vorgebracht hatten. Es ging um die unserer Meinung nach ganz falsche Beteiligung an der pro-imperialistischen "Grünen"-Demonstration aus Anlaß des Breschnew-Besuchs in Bonn vor einem Jahr. Noch immer haben wir auf diesen "Offenen Brief" von seiten der GUAfS keinerlei offizielle Antwort erhalten.

Freunde,

Wir westdeutsche Marxisten-Leninisten sind uns sicher, daß es die Anhänger L E N I N S und S T A L I N S auch in Afghanistan wie überall auf der Welt sein werden, die an der Spitze der Revolutionen ihrer Heimatländer, an der Spitze des bewaffneten Befreiungskampfes gegen die sozialfaschistischen blutbeschmierten russischen Sozialimperialisten und auch aller anderen Imperialisten die betrügerische Maske des "Kommunismus" diesen imperialistischen Verbrechern vom Gesicht reißen werden, und durch ihren heldenhafte Kampf die Ideen des wahren Kommunismus, die Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin in der Praxis der proletarischen Weltrevolution zum Sieg verhelfen.

ES LEBE DER REVOLUTIONÄRE BEWAFFNETE BEFREIUNGSKAMPF DER VÖLKER AFGHANISTANS GEGEN DEN SOWJETISCHEN SOZIALIMPERIALISMUS UND SEINE AFGHANISCHEN KETTENHUNDE !

VERSCHÄRFT DIE WACHSAMKEIT UND DEN KAMPF GEGEN DIE REAKTIONÄREN ISLAMISTEN, GEGEN DIE WESTLICHEN IMPERIALISTEN, HIER IN WESTDEUTSCHLAND INSBESONDERE GEGEN DEN WESTDEUTSCHEN IMPERIALISMUS !

ES LEBE DIE ANTIFEUDALE UND ANTIIMPERIALISTISCHE VOLKSREVOLUTION IN AFGHANISTAN! ES LEBE DER KAMPF FÜR DIE ERRICHTUNG DER REVOLUTIONÄR-DEMOKRATISCHEN DIKTATUR DER ARBEITER UND BAUERN IN AFGHANISTAN !

Redaktion von
GEGEN DIE STRÖMUNG

STELLUNGNAHME VON GEGEN DIE STRÖMUNG ZUM VORSCHLAG DER GUAfS ZU EINER PROTESTAKTION GEGEN DIE MILITÄRISCHE BESETZUNG AFGHANISTANS (28.11.83)

GEGEN DIE STRÖMUNG

(Organisation für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westdeutschlands)

1. Seit vielen Jahren gibt es freundschaftliche Beziehungen zwischen GDS und GUAfS. In den letzten zwei Jahren sind jedoch entscheidende Probleme aufgetaucht.
 - Die gegen eine echte demokratische antiimperialistische Einheit gerichtete proimperialistische Linie des Bündnisses mit den "Grünen" (Siehe den "Offenen Brief von GDS und die GUAfS", im Dezember 1981 verteilt; des weiteren den Brief von GDS vom 30.11.81 an GUAfS, der ebenso wie der "Offene Brief" bis heute unbeantwortet blieb), wie sie beim Breschnew-Besuch in Bonn am 22.11.1981 zum Ausdruck kam.
 - Pazifismus extremster Form, wie er sich ausdrückt im Flugblatt der GUAfS auf eben dieser Demonstration unter der

Überschrift "Für Frieden gegen Krieg" oder aber im Flugblatt der GUAfs, das auf der "Friedensdemonstration" in Bonn am 22.10.83 verteilt wurde ; dort heißt es unter anderem." Es besteht kein Zweifel, daß der Ausbruch eines Krieges zwischen den Militärblöcken die Vernichtung der Menschheit bedeutet..."

2.Zusätzlich zu diesen inhaltlichen antagonistischen Widersprüchen existiert das Problem, daß bei GUAfs sich WORT und TAT w i d e r s p r e c h e n.

- a)Es wurde mündlich zugesagt, daß die Kritik von GDS auf dem GUAfs-Kongreß im Dezember 1981 beantwortet würde. Daran erinnerten wir in unserer Grußadresse an den 12. Kongreß der GUAfs am 30.12.1982. Wir haben bis heute keine Antwort erhalten.
- b)Zu der richtigen verabschiedeten Plattform zum Breschnew-Besuch 1981 wurde auf der Demonstration selbst ein Flugblatt der GUAfs verbreitet (das pazifistische Flugblatt "Für Frieden gegen Krieg"), das der Plattform w i d e r s p r a c h . Der Redner der GUAfs rief auf der Schlußkundgebung zur "Verteidigung des Grundgesetzes" auf.

3.Angesichts dieser offenen, ungelösten Probleme müssen wir damit rechnen, daß bei einer verabredeten Aktionseinheit auch diesmal GUAfs im nachhinein das Gegenteil von dem tut, was sie verspricht und was wirklich antiimperialistisch wäre !
Wir sind überzeugt und wissen, daß große Teile der GUAfs Inhalt und Methode dieses von uns kritisierten Verhaltens auch kritisieren. Aber die momentan ungeklärte Lage erlaubt es nicht, daß wir uns auf den Vorstand der GUAfs (der auch personell für diese Methoden und Inhalte verantwortlich ist) verlassen können.

4.Seid versichert, daß wir ganz gewiß den äußerst schwierigen revolutionären bewaffneten Kampf in Afghanistan in jeder Hinsicht nach unseren Kräften unterstützen werden.

In bezug auf die vorgesehene Demonstration werden wir nach unseren Kräften, dem Stand der Beziehungen zu GUAfs entsprechend und die aktuelle Diskussion einbeziehend versuchen , einen maximalen Beitrag zur Klarheit und Solidarität zu leisten.

Redaktion von

GEGEN DIE STRÖMUNG

ERSTE OFFIZIELLE ANTWORT DER GUAFS AUF DIE KRITIKEN VON GDS
30.3.84

Generalunion
der Afghanen und afghan. Studenten im Ausland e.V.
(GUAfS)



Nr. : /
Datum : 30/ 3/ 1984

GUAfS e.V.
Postfach 1648
5300 Bonn 1
W.-Germany

An

G D S

Bezüglich Eres Scherbens vom 23.2.1983 möchten Wir folgendes
antworten:

Wir teilen und unterstützen die Meinung, daß seit vielen Jahren
freundschaftliche Beziehungen zwischen dem GDS und der GUAfS e.v.
bestehen. An dieser Stelle empfinden Wir es auch als angebracht
Euchunseren Dank zum Ausdruck zu bringen.

Was die Fragen und die Kritiken der GDS an der GUAfS betreffen ,
möchten Wir folgende Erklärung abgeben:

Zum Flugblatt von 22.2.81 ("Für Frieden gegen Krieg"), welches
von der GUAfS während der Demonstration gegen den Breschnew-
Besuch verteilt wurde.

Nach einer ausführlichen Diskussion darüber, erklärte der GUAfS-
Kongress den Inhalt und die Überschrift für falsch und nicht
mit der politischen Linie der GUAfS vereinbar.

Als ei n sprachlichen Fehler sehen Wir die Erwähnung der Namen
der anderen Organisationen an. Es gelachah allerdings nicht in
der Absicht die anderen Organisationen als Unterzeichner des
Flugblattinhalts erscheinen zu lassen.

Zum weiteren sind Wir gerne zur Diskussion über die Demonstration
Breschnew-Besuch und über das GUAfS Flugblatt vom 22.10.83 zur
"Friedensdemonstration", bereit.

Eserscheint uns außerordentlich wichtig noch einmal ausführlich
alle Fragen und Unklarheiten zu besprechen, um Sie zu beseitigen.
Wir möchten Euch um einen Termin-und Ortvorschlag bitten.

Solltet Euch dies nicht möglich sein bitten Wir Euch anschlies
mitzuteilen.

Mit revolutionären
Vorstand der GUAfS e.v.



GRUSSADRESSE VON GDS AN DEN 13. KONGRESS DER GUAFS MIT DEM VORSCHLAG ZU EINER DISKUSSIONSVERANSTALTUNG (18.4.84)



GEGEN DIE STRÖMUNG

Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westdeutschlands

18.4. 1984

An die

Generalunion der Afghanen und afghanischen Studenten im Ausland e.V. (GUAFS)

An den 13. Kongreß der GUAFS

Liebe Freunde, liebe Genossen,

wir bedanken uns herzlich für die Einladung zum 13. Kongreß der GUAFS. Da wir Eure Einladung erst am 16. April erhalten haben, können wir jetzt nicht fest zusagen, ob ein Vertreter unserer Organisation am Kongreß teilnehmen wird. Sollte kein Genosse unserer Organisation anwesend sein, bitten wir um Verlesung der nachfolgenden

GRUSSADRESSE AN DEN 13. KONGREß DER GUAFS

Wir wünschen der GUAFS einen kämpferischen Kongreß. Für uns als marxistisch-leninistische Organisation ist es von besonderen Interesse, die revolutionäre Tradition von GUAFS zu betonen als einer Organisation, die unerschrocken dem wilden Antikommunismus entgegengratzt, der heute unter den Widerstandsorganisationen in Afghanistan und im Ausland unter dem Vorwand des Kampfes gegen den sowjetischen Sozialimperialismus leider stark verbreitet ist.

Wir hatten und haben in den letzten Jahren verstärkte Kritik gegenüber dem GUAFS-Vorstand vorgetragen - zuletzt festgehalten im Brief von GEGEN DIE STRÖMUNG vom 28.11.83 zum Vorschlag der GUAFS. Dort hatten Pazifismus, Einheit mit proimperialistischen Kräften, einen Widerspruch zwischen Worten und Taten der GUAFS kritisiert und uns außerstande gesehen, weiterhin eine Aktionseinheit mit der GUAFS eingehen zu können, bevor nicht diese gravierenden Kritikpunkte geklärt sind.

Wir schlagen jetzt dem Kongreß der GUAFS vor, eine DISKUSSIONSVERANSTALTUNG über die POLITIK DER GUAFS IN WESTDEUTSCHLAND vor dem Hintergrund der Aufgabe der Unterstützung des revolutionären Kampfes in Afghanistan durchzuführen.

Wir werden alles in unseren Kräften stehende tun, eine solche Diskussionsveranstaltung in bezug auf ihre Durchführung zu sichern. Dort könnte eine gründliche, freie und öffentliche AUSSPRACHE über die Politik der GUAFS und auch über die Kritiken von GEGEN DIE STRÖMUNG erfolgen.

Im Sinne der Klärung und revolutionären Ausrichtung gelten dem Kongreß unsere revolutionären und kämpferischen Grüße.

ALLES FÜR DIE UNTERSTÜTZUNG DES WIRKLICH REVOLUTIONÄREN WIDERSTANDES IN AFGHANISTAN!

ES LEBE DER PROLETARISCHE INTERNATIONALISMUS!

ES LEBE DIE UNSTREBLICHE LEHRE VON MARX, ENGELS, LENIN UND STALIN!

Redaktion GEGEN DIE STRÖMUNG



ANHANG B)

DIE ERFAHRUNGEN VON GDS MIT BOLSEVIK PARTIZAN

Dokument 7 :

Erklärung über den Abbruch der Bruderbeziehungen zur TKP/ML(B)
(30.1.1984)

Dokument 8 :

Der Reformismus von Bolshevik Partizan

Dokument 9/10 :

Bolshevik Partizan und der großtürkische Chauvinismus
(Auszug aus dem Redebeitrag von GDS, MLPÖ und WBK auf der Veranstaltung mit Bolshevik Partizan am 26./27.3.1983 / Auszug aus einem Flugblatt von Bolshevik Partizan vom 29.12.84)

Dokument 11 :

Bolshevik Partizan : Die größte Organisation hat zu entscheiden !

Dokument 12 :

Zusagen vom ZK der TKP/ML(B) sind keinen Pfifferling wert!

Dokument 13/14 :

Planmäßige und organisierte Attacken von Bolševik Partizan um die Freiheit der Debatte zu zerstören
(Auszug aus dem "Bericht über die Aktivitäten von GDS am 1. Mai 1983" / Auszug aus dem Anhang des "Wortprotokolls der Veranstaltung von MLPÖ, GDS und WBK mit BOLSEVIK PARTIZAN am 26./27.3.1983 in Frankfurt")

Erklärung über den Abbruch der Bruderbeziehungen zur TKP/ML(B)

Nach gründlicher Debatte haben die Organisationen MLPÖ, GDS und WBK die Bruderbeziehungen zur TKP/ML(B) abgebrochen.

Die Ursachen hierfür liegen nicht nur in den immer offener zutagetretenden revisionistischen Methoden der hemmungslosen Verleumdung und Provokation, des Bruchs fast jedes Versprechens. Die Ursache liegt vielmehr vor allem in der grundlegend revisionistischen Linie in so zentralen Fragen wie:

- + den Prinzipien des proletarischen Internationalismus,
- + den prinzipiellen Fragen der Revolution und der Haltung zu den Prinzipien überhaupt,
- + den Prinzipien des Aufbaus der marxistisch-leninistischen Partei.

Nachgewiesen haben wir den Verrat an diesen Prinzipien des Marxismus-Leninismus vor allem in vier grundlegenden Schriften in der Reihe "Internationale Informationen" und zwar in "Der Opportunismus der TKP/ML(B)", Teil I-IV.

Für den Abbruch ist letztlich auch ausschlaggebend die Haltung, die die TKP/ML(B) zu Kritik und Selbstkritik an den Tag gelegt hat. Diese Haltung ist dadurch charakterisiert, mit einer ganzen Palette revisionistischer Methoden unsere Kritiken zu "beantworten", d.h. unsere Kritiken jaherlang nicht zu beachten, die Antworten zu verzögern, leere Versprechungen abzugeben, vom wesentlichen Inhalt der Kritiken auf Kleinkram abzulenken, unsere Kritiken zu verfälschen usw. Diese Haltung machte es unmöglich, die Fehler, die falsche Linie zu korrigieren. Das Gegen teil war der Fall: Seit der 2. Parteikonferenz, auf der zum ersten mal die ganze Tiefe der Differenzen und Widersprüche, die ganze Tragweite der revisionistischen Positionen im Ansatz sichtbar wurde, hat die TKP/ML(B) ihre Fehler, ihren Revisionismus ausgebaut, vertieft und verfeinert.

Zusammengekommen führen die oben von uns knapp skizzierten Gesichtspunkte, nämlich

- + das Beharren auf den falschen Positionen, auf der falschen Linie trotz jahrlanger solidarischer Kritik, die Vertuschung der Fehler statt ihrer selbstkritischen, offenen und ehrlichen Korrektur, die Verfeinerung und Vertiefung der falschen Linie,
- + als Ergebnis dessen eine heutige Linie, die in den zentralen Fragen *revisionistisch* ist,
- + so wie revisionistische Methoden

zu der Entscheidung, die Beziehungen zur TKP/ML(B) abzubrechen, nachdem schon im März 1983 die Beziehungen zum ZK der TKP/ML(B) abgebrochen worden waren.

Die zu diesem Zeitpunkt von uns noch eingeräumte, wenn auch äußerst unwahrscheinliche Möglichkeit, daß ein 1983 in Aussicht gestellter 3. Parteitag der TKP/ML(B), zu dem auch die Bruderorganisationen eingeladen werden sollten (siehe hierzu "Dokumente zur Debatte von GDS, MLPÖ, WBK mit der TKP/ML(B)", VII, S.93), doch noch eine Wende zum besseren hätte bringen können, hat sich endgültig zerschlagen. Der Parteitag hat nicht, wie angekündigt, stattgefunden, und eine inhaltliche Polemik über die zentralen ideologischen Fragen, eine Antwort und Auseinandersetzung mit unseren grundsätzlichen, ausführlichen und öffentlich vorgetragenen Kritiken findet nach wie vor *nicht* statt.

Unter all diesen Voraussetzungen wäre eine weitere Aufrechterhaltung der Bruderbeziehungen mit der TKP/ML(B) ein Verrat am Kampf der wirklichen Marxisten-Leninisten der Türkei bei ihrem Kampf um den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei.



DER REFORMISMUS VON BOLSEVIK PARTIZAN

(Auszug aus dem gemeinsamen Redebeitrag von GDS, MLPÖ und WBK auf der Veranstaltung mit BOLSEVIK PARTIZAN am 26./27.3.1983 "Prinzipien und Revolution oder 'Konkrete Analyse' und reformistische Taktik 'von Fall zu Fall'" (in: Dokumente zur Debatte von GDS, MLPÖ, WBK mit der TKP/ML(B), V, S.19,20 u.S.28-31))

Genossinnen und Genossen,

die Haltung der TKP/ML(B), die Prinzipienfragen beiseitezuschieben, äußert sich besonders auch in der Frage des Verhältnisses von Reform und Revolution. Nach der Spaltung von der TKP/ML hatte man den offen reformistischen Kurs ausgegeben, daß die "Entlarvung der Junta" das Ziel, das "anzupackende", also zentrale und vorrangige Kettenglied in der Arbeit unter den Massen sein müsse.

In dem Artikel "Der 1. Mai und unsere Aufgaben" zum 1. Mai 1981 heißt es zu diesem Thema:

"Es ist die Aufgabe der Kommunisten, diese Kämpfe" (gemeint sind die sich entwickelnden spontanen Kämpfe, AdV) "innerhalb kurzer Zeit auf ein Ziel, nämlich das Ziel der allseitigen Entlarvung und Isolierung der Junta und ihres Sturzes hinzulenken. Bei der Arbeit unter den Massen stellt die Entlarvung und Isolierung der Junta das anzupackende Kettenglied dar. Dabei müssen die Kommunisten schon jetzt aufzeigen, daß auch eine mögliche künftige zivile Macht keine wirkliche Befreiung darstellt."

("Wichtige Artikel aus 'Bolsevik Isci-Köylü-Kurtulusu/Bolsevik Partizan'", September 1981, S. 31)

Der grundlegende politische Fehler dieser Richtlinie für die Massenarbeit ist, daß eindeutig die Isolierung der Junta als das hauptsächliche und unmittelbar "anzupackende Kettenglied" angesehen wird und dann erst, im Rahmen dieser Aufgabenstellung ("dabei") die Frage der kommenden zivilen Macht entlarvt werden soll, anstatt daß die Propaganda der Vorbereitung und Durchführung der demokratischen Volksrevolution gegen jedes Regime der Kompradoren und Grundherren in der Türkei als "anzupackendes Kettenglied" genommen wird.

Nach prinzipieller Kritik der Bruderorganisationen wurde dieser Opportunismus in lediglich verfeinerter Form fortgesetzt.

Dies wurde besonders krass am 12. September 1982 in dem zu diesem Anlaß von "Bolsevik Partizan" verbreiteten zentralen Flugblatt deutlich.

Bereits in der Überschrift dieses Flugblatts steht faktisch die Entlarvung der faschistischen Militärjunta im Vordergrund, wenn es lediglich heißt, daß

"der Kampf gegen die faschistische Militärjunta... nicht losgelöst vom Kampf für die demokratische Volksrevolution unter Führung der Arbeiterklasse geführt werden" (darf).
(Flugblatt von BP, in: "Debatte um den 12. September 1982", herausgegeben von GDS, S.13)

Im Flugblatt selbst finden sich dementsprechend zwar eine Unzahl von Entlarvungen der Opportunisten in ihrer Haltung zur Junta, aber überhaupt kein Kampf zur Verteidigung der Prinzipien der Revolution, keine positive programmatiche Propaganda über den grundlegenden Charak-

ter und die prinzipiellen Ziele der Revolution in der Türkei.

Das ist die direkte Folge des schon in der Überschrift propagierten Standpunkts, daß der Kern der Abgrenzung gegen den Opportunismus darin bestehe, daß der Kampf gegen die Junta nicht vom Kampf für die Revolution "losgelöst", sondern damit "verbunden" werden muß. Der ganze Inhalt des Flugblatts von "Bolsevik Partizan" zeigt, daß diese eklektische "Verbindungs"-Formel Raum genug dafür läßt, sich in der H a u p t s a c h e über den Kampf gegen die Junta auszulassen und die davon zwar in Worten "nicht losgelösten" Fragen der Revolution in der Praxis dennoch als N e b e n s a c h e zu betrachten. Hier gilt voll und ganz, was Stalin über die Revisionisten der II. Internationale sagte:

- "Für den Reformisten ist die Reform alles, die revolutionäre Arbeit aber N e b e n s a c h e , ein Unterhaltungsthema, ein Täuschungsmanöver. (...)"
- Für den Revolutionär dagegen ist umgekehrt die revolutionäre Arbeit die H a u p t s a c h e und nicht die Reform, für ihn ist die Reform ein N e b e n - p r o d u k t der Revolution."
- (Stalin, "Über die Grundlagen des Leninismus", 1924, SW 6, S.146/147)

Mittlerweile ist das ZK der TKP/ML(B) dazu übergegangen, seinen faulen Opportunismus der "Verbindung" von Reform und Revolution, der "Verbindung" des Kampfes gegen die Junta mit dem Kampf für die Revolution, damit zu rechtfertigen, daß in der "Verbindung" angeblich schon "drinstecke", daß "die R e v o l u t i o n das G a n z e und der Kampf gegen die Junta den T e i l " darstelle (Rohübersetzung aus BP 3/4, 1982, "Antwort des ZK der TKP/ML(B) auf die Kritik von GDS am Flugblatt von BP zum 12. September 1982"). Daß das aber durchaus nicht der Fall ist, hat "Bolsevik Partizan" ja in seinem 12.-September-Flugblatt bewiesen, in dem eben der Kampf gegen die Junta als "Ganzes" und der Kampf für die Revolution als "Teil" behandelt wurde. Die U n t e r o r d n u n g steckt in der "Verbindung" n i c h t automatisch drin, wie das ZK der TKP/ML(B) in seinem feigen Opportunismus behauptet. Denn nicht in der Verbindung, sondern in der U n t e r o r d n u n g aller Teilfragen und Teilkämpfe unter den Kampf um das strategische Ziel bzw. das Endziel liegt nach Lenin die ganze Schwierigkeit und das Wesen der Sache. Mit seinem "Steckt-drin"-Opportunismus umgeht und vertuscht das ZK der TKP/ML(B) gerade das W e - s e n t l i c h e . Entschlossen, an dieser opportunistischen Linie festzuhalten, lehnt das ZK der TKP/ML(B) die wiederholte Kritik der Bruderorganisationen mit den Worten ab, daß eine solche Kritik "voll und ganz zu einem scholastischen Begriffsfetischisten paßt" (ebenda). Zynischer kann man seine Ablehnung der Leninschen Prinzipien wohl kaum zum Ausdruck bringen!

Was die TKP/ML(B) und "Bolsevik Partizan" als Linie propagieren, ist ganz und gar untauglich für den Kampf gegen den Opportunismus, denn es ist im Kern derselbe Opportunismus, der auf die zentrale Frage, was die politische Hauptaufgabe der Kommunisten sein muß, nicht prinzipiell antwortet, daß es dem Kampf für die Revolution alles u n t e r z u o r d n e n gilt, sondern die faule Antwort gibt, daß man Reform und Revolution "verbinden" muß.

Die angebliche Trennungslinie zum opportunistischen Sumpf erweist sich somit als Farce, denn in der Kernfrage, der Notwendigkeit der Unterordnung des Kampfes gegen die Militärjunta unter den Kampf für die demokratische Volksrevolution geht die TKP/ML(B) selbst den Weg der Opportunisten.

Dies ist nicht verwunderlich, da eine Ablehnung der vorrangigen Verteidigung der Prinzipien auf ideologischem Gebiet zwangsläufig auch auf politischem Gebiet zu einer vorrangigen Ausrichtung auf das tägliche Auf und Ab der Tagesfragen, auf die neuesten "Entwicklungen" im Sumpf der opportunistischen "Front"-Konstruktionen und "Aktionseinheiten", kurz, auf die konkreten Fragen des Augenblicks führt und führen muß, während Fragen des bewaffneten Kampfes, der Erkämpfung der Diktatur der Arbeiter und Bauern usw. als "nicht auf der Tagesordnung stehend" weggeschoben werden.

Genossinnen und Genossen,

wenn man die P r a x i s betrachtet, welche die TKP/ML(B) nach der Spaltung von der TKP/ML auf dieser rechtsopportunistischen und reformistischen Linie durchgeführt hat, so ergibt sich ein geradezu verheerendes Bild dessen, wohin man gerät und geraten muß, wenn man die Prinzipien an die zweite Stelle rückt oder ganz beiseite schiebt. Die sophistisch als "geographisch", "inoffiziell" oder sonstwie deklarierten Aktionseinheiten mit den "Grünen" oder der DKP seien hier nur als Beispiele genannt.

Kaum zwei Monate nach der Abspaltung von der TKP/ML hatte man am 1. Mai 1981 in der Propaganda die Grundfragen der Revolution in der Türkei beiseite geschoben und die "Entlarvung der Junta" zum Hauptkettenglied der politischen Arbeit erklärt. Auf derselben Linie lag dann auch das Flugblatt zum 12. September 1981. Da darin kein Wort über die Aufgaben des Kampfes für die antiimperialistisch-demokratische Revolution in der Türkei verloren wurde, war dieser Aufruf "kaum vom Aufruf bürgerlich-demokratischer Organisationen zu unterscheiden". (Diese Kritik ist enthalten in der von GDS herausgegebenen Broschüre "Debatte zum 12. September 1982", S. 22)

Diesem extrem rechtsopportunistischen Flugblatt folgte kurz darauf ein extrem pazifistisches über den imperialistischen Krieg, in dem darüber gejammert wurde, daß die Imperialisten "die Welt in ein nichts verwandeln" würden. Dieses Flugblatt ließ jeglichen revolutionären Optimismus vermissen, so daß es zurecht als "weinerlich" charakterisiert werden mußte (GDS-Info 10/81, S. 22).

Danach marschierte man anläßlich des Breschnew-Besuchs in Bonn - gar noch kritiklos - bei der proimperialistischen "Grünen"-Demonstration mit. Trotz unmittelbarer Kritik von GDS ließ man sich von einem derart prinzipiellen Unternehmen nicht abringen. (Siehe GDS Nr. 27, S. 4, "Die Teilnahme an der Demonstration der "Grünen" aus Anlaß des Breschnew-Besuchs war f a l s c h !" sowie GDS-Info 12/81, S. 42 ff., "Kritik an Bolsevik Partizan..") Nachher wurde in fauler Weise versucht, die Kritik durch "Zustimmerei" zu erledigen, obwohl die Teilnahme bis heute verteidigt und gerechtfertigt wird. (Siehe "Dokumente zur Debatte von GDS, MLPÖ, WBK mit der TKP/ML(B)", II, S. 14)

Die Liste ließe sich noch verlängern, denn auch bei anderen praktischen Aktionen sah es nicht viel besser aus, wie z.B. bei der opportunistischen "Hungerstreik"-Aktion in Köln oder der "geographischen" Aktionseinheit mit der konterrevolutionären Revisionistenpartei DKP in Aachen.

Die Führung der TKP/ML(B) verstärkte trotz aller Kritik ihre Versuche, mit ausgeklügelten Spitzfindigkeiten und Dühringscher Gedankenakrobistik ihre Anpassung an den Opportunismus zu verteidigen. Sophistische Erfindungen wie die "geographische" Aktionseinheit können nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Führung der TKP/ML(B) - ob mit oder ohne "Geographie" - heute die E i n h e i t in der A k t i o n mit den Opportunisten, proimperialistischen und direkt konterrevolutionären

Kräften wichtiger war und ist als die prinzipielleren Fragen, die sie von ihnen trennen bzw. trennen sollten. Die Führung der TKP/ML(B) will ihre Zusammenarbeit mit jenen, dem Marxismus-Leninismus antagonistisch gegenüberstehenden Kräften nicht gefährden und betreibt zu diesem Zweck eine Politik der Vertuschung anstatt der Aufdeckung der Gegensätze.

Um die ihr nahestehenden Gruppen wie "Devrimci Halkin Birliği", "Partizan", "Halkın Kurtuluşu" usw. in Schutz zu nehmen und den Kampf gegen deren Revisionismus und Opportunismus nicht radikal und revolutionär zu führen, hat die Führung der TKP/ML(B) die antileninistische Kategorie der "revolutionären Opportunisten" geprägt. (1)

Wir überlassen es dem nationalistisch denkenden ZK der TKP/ML(B), die Revolution in der Türkei dem Wesen nach nicht als Teil der proletarischen Weltrevolution zu betrachten und die Behauptung aufzustellen, in der Türkei gäbe es die international einzigartige Kategorie von "revolutionären Opportunisten". Lenin und Stalin lehren bekanntlich, daß der Opportunismus dem Wesen nach eine internationale Erscheinung ist und dem Wesen nach in allen Ländern der Welt gleichermaßen bekämpft und zerschlagen werden muß (2). So etwas wie "revolutionäre Opportunisten" gibt es im Marxismus-Leninismus ebenso wenig wie "revolutionäre Reformisten". Deswegen sagen wir auch nicht, daß die Linie des ZK der TKP/ML(B) "revolutionär-opportunistisch" sei (3), sondern erklären klipp und klar: Die Linie des ZK der TKP/ML(B) ist revisionistisch und richtet sich gegen die Revolution. Es ist eine Linie des Verzichts auf die Prinzipien zugunsten des konkreten Details, des Verzichts auf Programm und Strategie zugunsten einer Taktik "von Fall zu Fall", das heißt eine Linie der prinzipienlosen Verschmelzung mit opportunistischen Gruppen.

(1) Siehe hierzu das Papier des ZK der TKP/ML(B) mit dem Titel "Unsere Haltung zu unserer Durchführung der Diskussion mit GDS über den Roten 1. Mai in Westdeutschland am 1. Mai 1982", Abschnitt V. 5., und VII.D.

(2) In den "Schlußfolgerungen" der "Geschichte der KPdSU(B), Kurzer Lehrgang" heißt es:

○ "Man kann es nicht als Zufall ansehen, daß alle kleindemokratischen Parteien, die sich zur Täuschung des Volkes 'revolutionäre' und 'sozialistische' Parteien nannten - Sozialrevolutionäre, Menschewiki, Anarchisten, Nationalisten - , schon vor der Sozialistischen Oktoberrevolution zu konterrevolutionären Parteien geworden waren..."

○ 'Die Einheit des Proletariats', sagt Lenin, 'kann in der Epoche der sozialen Revolution nur durch die äußerste revolutionäre Partei des Marxismus, nur durch schonungslosen Kampf gegen alle übrigen Parteien verwirklicht werden.'

○ (Geschichte der KPdSU(B), Kurzer Lehrgang, S. 446/447)

(3) Die Führung der TKP/ML(B) ist sogar noch weiter gegangen und hat in dem Dokumententwurf für die 2. Parteikonferenz der TKP/ML(B) "Über unsere Linie und unser Disziplinverständnis" den blühenden Unsinn von sich gegeben, daß die revisionistische Abweichung der TKP/ML in der Frage der Bestimmung unserer Epoche angeblich "ganz verschieden (!) von den modern-revisionistischen Abweichungen" gewesen sei:

"Die Abweichung der TKP/ML war eine Abweichung, die revolutionär war, obwohl" (!) "es eine Abweichung vom Marxismus-Leninismus war."

(Dokumente zur Debatte von GDS, MLPO, WPK mit der TKP/ML(B), III, "Zur 2. Parteikonferenz der TKP/ML(B)", S.55)

BOLSEVIK PARTIZAN UND DER GROSSTÜRKISCHE CHAUVINISMUS

Dokument 9 :

(Auszug aus dem Redebeitrag von GDS, MLPÖ und WBK auf der Veranstaltung mit BOLSEVIK PARTIZAN am 26./27.3.1983 "Prinzipien des proletarischen Internationalismus und die Linie der TKP/ML(B)" (in: Dokumente zur Debatte von GDS, MLPÖ, WBK mit der TKP/ML(B), V , S.6-8))

Genossinnen und Genossen!

Es geht darum, dem Kommunisten einer Unterdrückernation, wie Marx es nannte, "auf den Zahn zu fühlen", ihn nach seiner Stellung zu der unterdrückten Nation zu befragen.

Lenin schrieb über Marx:

"Marx hatte die Gewohnheit, den ihm bekannten Sozialisten, wie er sich ausdrückte, 'auf den Zahn zu fühlen', sie auf ihr Bewußtsein und ihre Überzeugung zu prüfen.

(...)

Marx befragt einen Sozialisten, der einer Unterdrückernation angehört, nach seiner Stellung zu der unterdrückten Nation und legt sofort den den Sozialisten der herrschenden Nationen gemeinsamen Fehler (der englischen und der russischen) bloß: Unverständnis für ihre sozialistischen Pflichten gegenüber den unterdrückten Nationen, Wiederkäuen der von der 'Großmacht'-Bourgeoisie übernommenen Vorurteile." (Lenin, "Über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen", 1914, zitiert nach Leninismus-Heft VI, S.33/34)

Konkret ist das die Frage nach der Haltung zu der in der Türkei unterdrückten kurdischen Nation, der Haltung zu dem unter doppelter Unterdrückung leidenden kurdischen Volk, das nicht nur mit Kugel und Peitsche mißhandelt und gemordet, seiner Sprache beraubt, sondern auch in allen Tonarten ideologisch als Teil eines angeblich einheitlichen "türkischen" Volkes einverleibt wird.

In dieser Frage gibt es seit längerem zwischen dem ZK der TKP/ML(B) und den Bruderorganisationen eine Auseinandersetzung darüber, ob es richtig ist, vom "Volk der Türkei verschiedener Nationalitäten" in der täglichen Propaganda zu sprechen *).

*) Der Vertreter von "Bolsevik Partizan" äußerte:

"Der Begriff 'Volk der Türkei' besagt, daß es in der Türkei ein einheitliches Volk gibt, das aus verschiedenen Nationalitäten besteht. Im Kampf gegen den Opportunismus in der Türkei gab es zwei Abweichungen zu bekämpfen:

1. Gegen diejenigen, die die nationale Unterdrückung oder gar überhaupt verschiedene Nationen leugneten, wurde seinerzeit die Parole 'Völker der Türkei' verwendet.
2. Gegen die Abweichung, die die Rolle der nationalen Unterdrückung über den Klassenkampf stellte, wurde die Parole 'Volk der Türkei aus verschiedenen Nationalitäten' entwickelt.

Beide können also verwendet werden."

(Aus dem Protokoll der 2. Verhandlung zum 1. Mai 1982, GDS-Info 5/82, S.25)

oder ob es richtig ist, gemäß den Lehren Lenins und Stalins - die in bezug auf die nationale Frage stets von den "Völkern Rußlands" sprachen *) - die Lösung "Völker der Türkei" zu verwenden.

Auf dem Hintergrund dieser Auseinandersetzung entscheidet sich das ZK der TKP/ML(B) bewußt gegen "Völker der Türkei", und dafür, von einem "einheitlichen Volk der Türkei, das aus verschiedenen Nationalitäten besteht" zu reden, weil in dieser Formulierung angeblich "sowohl das Vorhandensein verschiedener Nationalitäten als auch die Einheit der Werktätigen" enthalten sei.

Im Brief des ZK der TKP/ML(B) heißt es:

"Ihr schreibt, daß es in der Frage VOLK-VÖLKER keine Stellungnahme vom ZK gibt. In dieser Frage ist sowohl die Haltung des ZK als auch der Partei klar: Wir finden den Begriff 'Völker der Türkei' nicht falsch. Aber der Begriff 'Volk der Türkei aus verschiedenen Nationalitäten' ist richtiger, weil in diesem Begriff sowohl das Vorhandensein verschiedener Nationalitäten als auch die Einheit der Werktätigen beinhaltet."

(Brief des ZK der TKP/ML(B) an GDS vom 9.9.82, S.6)

Zwar windet und wendet sich das ZK der TKP/ML(B), zwar drückt es sich davor, die sich auf Lenin und Stalin stützende Formulierung von den "Völkern der Türkei" direkt als falsch zu bezeichnen, doch mit all seinen Argumentationen, warum es "richtiger" oder "besser" sei, vom "Volk der Türkei verschiedener Nationalitäten" zu reden, lehnt es faktisch die diesbezüglichen Lehren Lenins und Stalins ab!

Im einzelnen haben die Bruderorganisationen folgende Kritiken an dieser von "Aydinlik" stammenden Formulierung **) vorgebracht:

- *) Folgendes Zitat aus dem "Kurzen Lehrgang" zeigt anschaulich den unterschiedlichen Gebrauch von "Volk" und "Völker" - je nach dem, ob die Rede von der Klassenfrage oder von der nationalen Frage ist:

"im zaristischen Rußland wurde das kapitalistische Joch durch das Joch des Zarismus noch schwerer. Die Arbeiter litten nicht nur unter der kapitalistischen Ausbeutung, unter dem Zuchthausregime der Arbeit, sondern auch unter der Rechtlosigkeit des gesamten Volkes. Deshalb strebten die klassenbewußten Arbeiter danach, in der revolutionären Bewegung aller demokratischen Elemente in Stadt und Land gegen den Zarismus die Führung zu übernehmen. Die Bauernschaft erstickte vor Landlosigkeit, litt schwer unter den zahlreichen Überresten der Leibeigenschaft; sie befand sich in der Schuldsknechtschaft der Gutsbesitzer und Kulaken. Die Völker, die das zaristische Rußland bewohnten, stöhnten unter dem Doppeljoch ihrer eigenen und der russischen Gutsbesitzer und Kapitalisten."

("Geschichte der KPdSU(B) - Kurzer Lehrgang", S.71)

- **) So schrieb "Aydinlik" im Dezember 1971:

"Wir müssen dem ganzen Volk begreiflich machen, daß das Volk der Türkei, aus allen Nationalitäten, Schulter an Schulter kämpfen und den Imperialismus und die Reaktion besiegen wird. Wir müssen die Spaltungs- und Unterdrückungsversuche für den Imperialismus vergeblich machen. Wir müssen die revolutionäre Einheit des Volkes der Türkei aus allen Nationalitäten bestreiten." ("Die politische Lage nach dem 12. März 1971 in der Welt und in der Türkei", Febr. 1972, S.28)

*** Die "Einheit des Volkes", "der Werktätigen" der Türkei, *** die das ZK der TKP/ML(B) hier so beschwört, ist in Wirklichkeit heute eine Z w a n g s "einheit", die Unterjochung der kurdischen Nation und der anderen Nationalitäten durch die türkische Nation! Die Einheit der Völker der Türkei wird nur erreicht werden im Kampf gegen den türkischen Chauvinismus, im Kampf für das Recht auf Lostrennung der kurdischen Nation, für die Gleichberechtigung der nationalen Minderheiten, wird nur erreicht werden auf dem Wege des freiwilligen Zusammenschlusses! Vom "Volk der Türkei", vom "einheitlichen Volk der Türkei, das aus verschiedenen Nationalitäten besteht" in bezug auf die nationale Frage zu sprechen, verstellt nur den Blick für diese Probleme und die sich daraus ergebenden Aufgaben der Kommunisten, ja sabotiert letzten Endes den konsequenten Kampf gegen die nationale Unterdrückung in der Türkei. (Wenn das ZK der TKP/ML(B) beteuert, daß es eben die "gemeinsamen Interessen gegen die Volksfeinde" betonen will, so bedient es sich eines alten Tricks aller Opportunisten: es wechselt einfach das Thema. Denn die Auseinandersetzung bezieht sich auf die nationale Frage in der Türkei, auf die Frage der nationalen Unterdrückung und nicht auf die K l a s s e n f r a g e, die Klassenunterdrückung in der Türkei.)

In "Bolshevik Partizan" heißt es:

"Wir benutzen in der Regel den Begriff 'das Volk der Türkei aus verschiedenen Nationalitäten', weil er richtiger ist als der Begriff 'Völker der Türkei', und weil er besser ausdrückt, was wir sagen wollen..."

Dieser Begriff drückt ganz offen aus, daß das Volk der Türkei in Wahrheit aus verschiedenen Nationalitäten besteht, daß es eine Spaltung auf der Grundlage der Nationalitäten gibt, aber dieser Begriff drückt auch aus, daß das Volk, egal welcher Nationalität, gleichzeitig gegen die Volksfeinde gemeinsame Interessen hat."

(Rohübersetzung aus BP 3/4, S.49; Antwort auf die "4 Thesen")

*** Das ZK der TKP/ML(B) leugnet nicht, daß früher, zur Zeit *** Ibrahim Kaypakkayas auch die Formulierung "Völker der Türkei" benutzt worden ist, sie sei "seinerzeit" gegen diejenigen, "die die nationale Unterdrückung leugneten" verwendet worden. (9) Diese Erklärung zeigt, im Kampf mit welcher angeblich so großen Gefahr das ZK seine Entscheidung für den Begriff "Volk der Türkei" gegen den "seinerzeit" benutzten Begriff getroffen hat, nämlich im Kampf gegen die kurdischen Nationalisten. Nicht nur, daß damit der Kampf gegen den kurdischen Nationalismus nicht geführt werden kann, wird dieser dadurch noch bestärkt. Es wird hier vor allem klar, daß ganz bewußt nicht die Hauptschärfe des Kampfes gegen den großtürkischen Chauvinismus gerichtet wird! Ja, das ist selbst Unterstützung der großtürkischen faschistischen Ideologie!

*** Wenn das ZK der TKP/ML(B) weiterhin argumentiert, die *** Formulierung "Volk der Türkei (verschiedener Nationalitäten)" drücke viel besser aus, daß das "Volk der Türkei" aus verschiedenen Nationen besteht, so stimmt gerade das eben nicht: Die Formulierung "Volk der Türkei verschiedener N a - t i o n a l i t ä t e n" verschweigt ja gerade die Tatsache, daß in der Türkei die kurdische N a t i o n existiert, die das Recht auf Lostrennung hat.

Das ZK der TKP/ML(B) schreibt:

"GDS kritisiert, daß wir von dem 'Volk der Türkei', von 'unserem Volk' usw. reden und vertritt die Meinung, daß 'stets der Begriff 'die Völker der Türkei' angewendet werden' solle."

In dieser Frage meinen wir, daß es richtig sei, den Begriff 'das Volk der Türkei verschiedener Nationalitäten' zu verwenden (dann wenn betont werden soll, daß das Volk der Türkei aus verschiedenen Nationen besteht, auf jeden Fall; ansonsten wenn es in der Propaganda angebracht ist), und daß dieser Begriff vom Standpunkt des Marxismus-Leninismus auf keinen Fall falsch ist; im Gegenteil, wir meinen, daß dieser Begriff viel besser darlegt, daß in der Türkei verschiedene Nationen/Nationalitäten leben, als der Begriff 'Völker der Türkei'.

(Haltung des ZK der TKP/ML(B) zur "Stellungnahme der Leitung von GDS zum Protokoll über die 2. Verhandlung zum 1. Mai 1982 (vom 8.4.82)", Rohübersetzung aus "Kommunist" 10, S.89)

Genossinnen und Genossen!

Gerade auch in der Frage des "Versteckens" der Lösung "Recht auf staatliche Lostrennung" - die Lenin im Kampf mit der II. Internationale als die richtige Formulierung anstelle des "Selbstbestimmungsrechts" ins Programm aufgenommen hat *) - haben die Bruderorganisationen wiederholt und solidarisch das ZK der TKP/ML(B) und die Partei darauf aufmerksam gemacht und kritisiert.

Auf der 2. Parteikonferenz der TKP/ML(B) wurde dieser tief-sitzende Fehler kritisiert, so daß im Flugblatt über das Stattfinden der Konferenz endlich einmal vom "Recht auf Lostrennung" die Rede war.

Doch später dann, als wäre nichts geschehen, ignoriert das ZK der TKP/ML(B) die von ihm selbst in diesem Punkt formulierte Linie der 2. Parteikonferenz und geht wieder dazu über, in seinen Flugblättern und Artikeln nur noch vom "Selbstbestimmungsrecht" zu reden und das "Recht auf Lostrennung" als selbstverständlich wegzulassen.

Eine Kritik allerdings sei daran nicht zulässig, weil die Partei ihre Meinung ja "schon im Jahre 1972 im Kampf gegen den Opportunismus klar dargelegt" habe (siehe: Haltung des ZK der TKP/ML(B) zur "Stellungnahme der Leitung von GDS zum Protokoll über die 2. Verhandlung zum 1. Mai 1982)", Rohübersetzung aus "Kommunist" 10, S.89-93)! Das ist der Gipfel der Schamlosigkeit, denn das ZK der TKP/ML(B) kann seine falschen Erklärungen nicht mit richtigen Erklärungen Ibrahim Kaypakkayas rechtfertigen !

*) Lenin stellte für das Programm der KPdSU(B) klar:

"An Stelle des Wortes Selbstbestimmung, das oft zu falschen Auslegungen Anlaß bot, setze ich einen ganz genauen Begriff: 'Das Recht der freien Lostrennung'." (Lenin, "Zur Revision des Parteiprogramms", 1917, zitiert nach: Sammelband zur nationalen und kolonialen Frage, S. 552; siehe LW 26, S.163)

Dokument 1o:

(Auszug aus einem Flugblatt von BOLSEVIK PARTIZAN, das auf der Afghanistan-Demonstration am 29.12.84 verteilt wurde)

BOLSCHEWIK PARTISAN

Sozialimperialistische russische Besatzer raus aus Afghanistan!

TOD DEM IMPERIALISMUS, SOZIALIMPERIALISMUS UND JEGLICHER REAKTION!

DIE HEUTIGE SOZIALIMPERIALISTISCHE SOWJETUNION HAT NICHTS GEMEINSAM MIT DER SOZIALISTISCHEN SOWJETUNION UNTER FÖHRUNG LENINS UND STALINS!

DER EINZIGE WEG ZUR SCHAFFUNG EINES UNABHÄNGIGEN, DEMOKRATISCHEN AFGHANISTAN
IST DIE DEMOKRATISCHE VOLKSREVOLUTION UNTER FÜHRUNG DES PROLETARIATS!

ES LEBE DER PROLETARISCHE INTERNATIONALISMUS!

oo

Nun sind es fünf Jahre her, seitdem die russischen Sozialimperialisten Afghanistan überfallen und militärisch besetzt haben. Fünf Jahre nackter, —mit sozialistischen Worten getarnter— imperialistischer Terror gegen die Völker Afghanistans! Flächenbombardierungen; Napalm; Giftgas; Standgerichte; Kerker

für abertausende Patrioten und Revolutionäre...
Nichts, aber garnichts - außer pseudosozialistischer Worte, statt Phrasen von 'Menschenrechte' und 'Freiheit' der westlichen Imperialisten - trennen die Taten der "sowjetischen" Besatzer in Afghanistan von den Taten ihrer westlichen imperialistischen "Kollegen".
Nichts, aber garnichts hat die heutige sozialimperialistische UdSSR - außer dem Namen! - mit der sozialistischen Sowjet Union unter Führung Lenins und Stalins gemein! Die sozialistische Sowjetunion unter Führung Lenins und Stalins war der zuverlässige Freund und Unterstützer für alle, für eine Welt ohne Ausbeutung und Tyrannie kämpfender Völker und für die Proletarier aller Länder! Sie war Vorkämpfer der Sache des Sozialismus und des Kommunismus! Die sozialimperialistische Sowjetunion der heutigen Machthaber im Kreml; die in den Fußstampfen der Chruschtschowrevisionisten weitermarschieren; ist der größte Schandfleck für die Sache des Sozialismus und Kommunismus; die im Namen des 'Sozialismus und Kommunismus' praktizierte nackte imperialistische Politik gegenüber den Völkern; die in Worten sozialistische in der Tat faschistische Politik gegenüber jeglicher Opposition im Inland und in den "Einflußgebieten" der Sowjetunion, ist für die westlichen Imperialisten ein gefundenes Fressen um den Sozialismus und Kommunismus anzugreifen, schlecht zu machen!

Wir Kommunisten aus der Türkei, rufen allen Proletariern und unterdrückten Völkern zu: Mit Sozialismus hat die heutige Sowjetunion - außer in Worten - nichts zu tun! Sie ist eine sozialfaschistische Diktatur im Inneren; und eine aggressive imperialistische Großmacht nach außen! Afghanistan ist nur ein Beispiel dafür!

DER WIDERSTAND DES AFGHANISCHEN VOLKES KANN NUR SIEGRIECH WERDEN
WENN ER GEGEN ALLE MÄRKLISTEN GERICHTET IST!

Die fünf Jahre der Besetzung Afghanistans durch die russischen Sozialimperialisten sind aber zugleich fünf Jahre des heldenhaften bewaffneten Widerstands des Volkes Afghanistans aus verschiedenen Nationalitäten! Ein Widerstand gegen eine so mächtig aussehende Macht; ein Widerstand, den die russischen Besatzer und ihre Lakaien in wenigen Monaten zu unterdrücken glaubten! Aber die Rechnung ging nicht auf! Der Widerstand nahm mit jedem Tag zu; so daß die russischen Besatzer sich heute nicht mal in der Hauptstadt Kabul allein auf die Straße trauen!

Dieser heldenhafte Widerstand der Volksmassen, die in der gerechten Minimalforderung "Russische Besatzer raus aus Afghanistan!" einig sind; ist in der weiteren Ausrichtung tief gespalten. Die Führer der größten bewaffneten Organisationen des Widerstands sind streng antikommunistisch. Sie schüren den verständlichen und gerechten Haß der Massen gegen die russischen Besatzer und ihre Lapien, als Haß gegen den Kommunismus. In diesen Organisationen haben die westlichen Großmächte wie z.B. der US-Imperialismus, und der westdeutsche, der französische und englische Imperialismus; und auch die völlig entartete, und zu einem Teil des imperialistischen Weltsystems gewordene Volksrepublik China großen Einfluß. Sie versuchen den Kampf der Völker Afghanistans gegen die russischen Besatzer; in einen Kampf für die Interessen der westlichen Imperialisten in diesem Gebiet zu verwandeln.

BOLSEVIK PARTIZAN : DIE GRÖSSTE ORGANISATION HAT ZU ENTSCHEIDEN!

(Auszug aus: "Der Opportunismus der TKP/ML(B), II. Die TKP/ML(B) und der proletarische Internationalismus" (in: Internationale Informationen Nr.13, März 1983, S.22-26))

1. Mit seinen Vorstellungen zur Frage der Gleichberechtigung sabotiert das ZK der TKP/ML(B) jede internationalistische Zusammenarbeit

Wie wenig wert das ZK der TKP/ML(B) auf die internationalistische Zusammenarbeit verschiedener revolutionärer und kommunistischer Organisationen legt, wie von ihm diese Zusammenarbeit im Grunde unmöglich gemacht wird, wird deutlich, wenn man sich ansieht, unter welchen Bedingungen nach Meinung des ZK der TKP/ML(B) eine Aktionseinheit verschiedener Organisationen ihre Absprachen treffen und ihre Beschlüsse fassen soll.

Schon im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um den 1.Mai 1982 in Westdeutschland hatte das ZK der TKP/ML(B), als zwischen den beteiligten Organisationen Widersprüche auftauchten, sich klar darauf festgelegt, daß sie entscheiden, was für alle das Beste sei. Unabhängig davon, daß zwei der drei Organisationen, die sich auf der Grundlage einer gemeinsamen Plattform zu der Aktionseinheit zum 1.Mai zusammengeschlossen hatten, nämlich Peykar/UIS und GDS, dafür waren, eine zentrale Demonstration durchzuführen, entschied sich das ZK der TKP/ML(B) für insgesamt drei Demonstrationen. Und es stellte lapidar fest, daß es seine Position nur ändern würde, wenn es die Vorteile für alle als größer einschätzte. So schrieb das ZK der TKP/ML(B) in seinem berüchtigten "Schandpapier":

"Ausgehend von unseren Aufgaben ist die beste Aktionsform für uns nicht eine zentrale Demonstration, sondern drei regionale. Daß es drei sind, liegt daran, daß wir in diesen Regionen, gestützt auf unsere eigene Kraft, unsere eigenen Demonstrationen durchführen können... Wir wollen noch folgendes dazu sagen: Wenn wir die Vorteile der zentralen Demonstration für uns alle größer einschätzen als die Vorteile der regionalen Demonstrationen für uns und für das Ganze, würden wir natürlich für die zentrale Demonstration votieren."
("Schandpapier" vom 22.4.82; zitiert nach "Dokumente zur Debatte...", I, a.a.O., S.128)

Dementsprechend scherte sich das ZK der TKP/ML(B) am 1.Mai überhaupt nicht darum, daß GDS und Peykar/UIS eine zentrale Demonstration durchführen wollten, daß sie bei den Verhandlungen dies unmißverständlich zum Ausdruck brachten, sondern ging seine eigenen Wege.

Eine solche Haltung macht jedoch eine Aktionseinheit von vornherein unmöglich. Denn in der Praxis bedeutet das: Die Teilnehmer einer Aktionseinheit schließen sich zwar auf der Grundlage einer gemeinsamen Plattform zu einer gemeinsamen Aktion zusammen, treten aber Widersprüche auf, die nicht prinzipieller Natur (*) sind, so entscheidet nicht die Mehrheit der Organisationen, sondern macht im Endeffekt jeder Teilnehmer der Aktionseinheit das, was er will.

(*) Wir gehen davon aus, daß die möglichen prinzipiellen Widersprüche in den Verhandlungen diskutiert werden und ihre Klärung Voraussetzung ist, um überhaupt eine gemeinsame Plattform für eine Aktion zu erarbeiten und sich auf dieser zu vereinigen. Und so geschah es im Falle der Verhandlungen zum 1.Mai 82 auch, daß z.B. Komeleh aus der Aktionseinheit herausfiel, da grund-
Fortsetzung auf nächster Seite

Diese grundlegend falsche Haltung des ZK der TKP/ML(B) wurde im Rahmen der Auseinandersetzung um den 1.Mai nicht nur von GDS, sondern auch von Genossen aus den eigenen Reihen kritisiert. Zur Beurteilung der Fehler des ZK der TKP/ML(B) ist es wichtig zu sehen, ob es sich hier lediglich um einen vereinzelten Fehler handelte, der bald als Fehler erkannt und korrigiert wurde. Leider ist das nicht der Fall, sondern im Gegenteil: Das ZK der TKP/ML(B) hat diesen Fehler mittlerweile vertieft, systematisiert und versucht sogar, ihn mit demagogischer Berufung auf die Erfahrungen der Komintern zu begründen.

So schält sich mittlerweile heraus, daß nach Auffassung des ZK der TKP/ML(B) bei Aktionseinheiten immer (außer bei ganz unwichtigen Fragen, wie das ZK der TKP/ML(B) an anderer Stelle einräumt) die größere Organisation zu bestimmen hat. Denn diese soll laut Aussagen des ZK der TKP/ML(B) bei Aktionseinheiten entsprechend ihren Kräften mehr Stimmen bekommen als eine kleine Organisation, ist also somit bei Abstimmungen immer im Vorteil. So schrieb das ZK der TKP/ML(B) in einer offiziellen Antwort auf eine Kritik aus den eigenen Reihen:

"Erstens sind wir dafür, daß jede Organisation, ob groß oder klein, wenn man sich in den Prinzipien einig ist, gleiche Rechte hat.

Aber wir sind dagegen, daß gleiches Recht ohne Unterschied zwischen groß und klein als gleiche Stimmen ausgelegt wird. Gleiches Recht heißt im allgemeinen, bei der Abstimmung das Stimmrecht im Verhältnis zur Stärke zu haben."

("Über die Schrift mit dem Titel 'Die Haltung bezüglich der 1.Mai-Diskussionen' (ZK)", zitiert nach GDS-Info 12/82, S.80)

Und im Entwurf der Antwort des ZK der TKP/ML(B) auf die Kritik von GDS bezüglich der Fehler im Rahmen der 1.Mai-Vorbereitungen formulierte das ZK der TKP/ML(B), nachdem es mit großem Wortschwall über tausendundeine Möglichkeit der Zusammenarbeit mit anderen Organisationen (von der Zusammenarbeit mit Bruderorganisationen bis hin zu "Aktionseinheiten zwischen Revolutio-nären und einem Teil der Konterrevolution") geredet hat:

"Wenn wir für Gleichberechtigung sind und wenn die Aktions-einheit in letzter Hinsicht die Einheit der Massen in der Aktion ist, dann ist klar, daß tatsächliche Gleichberech-

sätzliche Differenzen in der Haltung zu Stalin auftauchten. Wenn nun das ZK der TKP/ML(B) die Meinung vertritt, die Frage, ob man eine Demonstration oder drei durchführt, sei für es eine prinzipielle Frage, so müssen wir ihm vorwerfen, daß es noch auf der 2.Verhandlung die Frage der einen zentralen oder der drei regionalen "als nicht so großen Widerspruch" charakterisiert hat (siehe das "Protokoll der 2.Verhandlung", zitiert nach GDS-Info 5/82, S.21) und dementsprechend damals keine Anstalten unternahm , die heute angeblich so wichtige prinzipielle Frage in der gemeinsamen Plattform zu verankern.

Gleichzeitig verwirrt das ZK der TKP/ML(B) auch die Haltung von GDS und behauptet, GDS würde der Frage der Anzahl der Demonstrationen prinzipielle Bedeutung beimesse, obwohl GDS an verschiedenen Stellen schon klargemacht hat, daß es ihr weniger um die Anzahl der Demonstrationen geht, sondern vielmehr darum, wie das ZK der TKP/ML(B) seinen Vorschlag der drei Demonstrationen begründete. Wenn es sich bei der Auseinandersetzung um die Anzahl der Demonstrationen lediglich darum gehandelt hätte, einzuschätzen, ab welcher Größenordnung es sinnvoll ist, ein, zwei, drei oder sieben oder siebzehn Demonstrationen durchzuführen, dann stünde die ganze Debatte anders, dann wäre sie nicht so prinzipiell geworden, dann hätte man sich sicher einigen können. Darum ging es aber nicht, sondern es ging um die Begründungen des ZK der TKP/ML(B), die dem proletarischen Internationalismus ins Gesicht schlugen, die unakzeptabel waren und aufs schärfste bekämpft werden mußten.

tigung bei der Abstimmung bestehen muß durch das Stimmrecht der Organisationen nach dem Verhältnis ihrer Kräfte." ("Unsere Haltung zu unserer Durchführung der Diskussion mit GDS über den Roten 1.Mai in Westdeutschland am 1.Mai 1982", Rohübersetzung, Teil III, 8.a)

Im Klartext heißt dies, daß bei Aktionseinheiten die kleineren Organisationen im Grunde nur beratende Stimme haben werden, da bei Streitfragen im Endeffekt die große Organisation entscheiden wird, denn sie hat die meisten Stimmen. Die simpelsten demokratischen Regeln für die freiwillige Zusammenarbeit unter hängiger und selbständiger Organisationen werden durch solche absurden Vorstellungen, die die Gleichberechtigung der teilnehmenden Organisationen von vornherein missachten, über Bord geworfen. (*) Wie absurd diese Vorschläge sind, zeigt sich auch, wenn man einmal beginnt, sich auszumalen, wie in der Praxis Aktionseinheiten unter solchen Bedingungen ablaufen würden: wie z.B. die Offenlegung der Kräfte vonstatten gehen soll, wie kleinere Organisationen so ganz selbstverständlich freiwillig auf das gleiche Stimmrecht verzichten werden, was geschieht, wenn am Ende doch nicht die Massen mobilisiert wurden, die angegeben wurden, eine Organisation aber aufgrund der angegebenen Kräfte die Entscheidungen majorisiert hat, die jetzt aber irgendwie rückgängig gemacht werden müste usw. usf. Kurz: Wir möchten die Organisation sehen, die sich zusammen mit dem ZK der TKP/ML(B) auf eine Aktionseinheit unter solchen Bedingungen einläßt!

Der vom ZK der TKP/ML(B) formulierte "Grundsatz" für Aktionseinheiten (Stimmrecht entsprechend den Kräften) wird nun im weiteren Verlauf der Argumentation des ZK der TKP/ML(B) durch allerlei Ausnahmen verwässert und verwirrt, so daß man am Ende überhaupt nicht mehr weiß, nach welchen Prinzipien diese Aktionseinheiten ablaufen sollen. Es werden die verschiedensten Modifizierungen und Differenzierungen vorgenommen, die aber am Ende alle darauf hinauslaufen, daß wiederum die größere Organisation bestimmt, wann die formulierten Ausnahmen zutreffen und wann nicht. Schauen wir uns die Akrobatik des ZK der TKP/ML(B) an. Es heißt z.B.:

"Bei einigermaßen unwichtigen Fragen hätte man nach dem System Pro Organisation eine Stimme vorgehen können."
(ebenda)

Und was, möchte man fragen, ist, wenn umstritten ist, ob es sich um eine "einigermaßen unwichtige Frage" handelt oder nicht? Dann, antwortet das ZK, muß man erst einmal abstimmen - zu unseren Bedingungen!

Gegenüber GDS wird an anderer Stelle festgestellt, daß es mit ihr viele gemeinsame Erfahrungen gibt, daß mit ihr die "ideologische Einheit" "sehr viel fester" war bzw. hätte sein müssen und daß man daher hätte

"die Haltung einnehmen können, ohne die Kräfte miteinzubeziehen, pro Organisation eine Stimme zu geben."
(ebenda)

Man "hätte" die Haltung einnehmen "können". Man möchte wieder fragen, von wem es denn nun abhängt, ob GDS eine Stimme bekommt oder nicht. Die Antwort liegt auf der Hand: natürlich von der größeren Organisation, der TKP/ML(B).

Bezüglich Peykar/UIS wird im selben Atemzug ausdrücklich klar gemacht, daß eine solche Haltung (pro Organisation eine Stimme)

"auf jeden Fall nicht richtig gewesen wäre".
(ebenda)

(*) Wir stellen uns schon die mit dieser Methode vorgenommene Regelung der Rechte der kurdischen Nation in einer volksdemokratischen Türkei vor.

Dokument 11

Das ZK der TKP/ML(B) sieht es also als möglich an, der einen an der Aktionseinheit beteiligten Organisation eine Stimme "zuzugestehen", der anderen Organisation, die ebenfalls an der Aktionseinheit beteiligt ist, diese Stimme aber zu "verwehren".

Man möchte nur jeden warnen, sich mit solchen Leuten zu Aktionseinheiten an einen Tisch zu setzen. In der Pose des Gönners, der sich seiner (wirklichen oder auch nur vermeintlichen) Kraft und Stärke voll bewußt ist, wird diktiert, was zu tun ist. Die größere Organisation hat das Sagen. Die kleineren können im Grunde nur beraten bzw. dürfen auch mal gleichberechtigt mitstimmen, aber nur, wenn es dem Größeren paßt. Und im Falle von Widersprüchen wird der Große entscheiden, was "für alle am besten" ist.

Hier wird deutlich, welchen Wert das ZK der TKP/ML(B) auf eine internationalistische Zusammenarbeit legt, nämlich ~~k e i n e n~~. Denn unter solchen Voraussetzungen, wie sie das ZK der TKP/ML(B) gerne hätte, ist jede Zusammenarbeit von vornherein unmöglich, und nur jemand, dem sowieso nichts an internationalistischer Zusammenarbeit liegt, kann sich erdreisten, solche Bedingungen für eine Zusammenarbeit zu formulieren.

Dokument 12

ZUSAGEN VOM ZK DER TKP/ML(B) SIND KEINEN PFIFFERLING WERT !

(Im GDS-Info 1/84, S.49 wurde ein Brief des ZK der TKP/ML(B) abgedruckt, in dem das ZK ausdrücklich feststellte, daß es 20 000 DM an GDS - die Hälfte eines im Rahmen der Zusammenarbeit mit GDS erwirtschafteten Verlustes - zahlen wird. In diesem Brief hieß es (um organisatorische Details gekürzt):

"An die Leitung von GDS:

Betrifft: Die Teilung des Verlustes...

Verantwortliche Genossen von uns haben am 26.3.1983 Einsicht in das Buch... gehabt. Sie haben zu dem Ergebnis gekommen, daß die von euch uns zugeschickte Endabrechnung ... stimmt; d.h. daß ... einen Verlust von 40 000 DM in insgesamt 20 Monaten (März 1981 - Dezember 1982) - nach den vorgelegten Rechnungen - erwirtschaftet hat.

Da wir dafür plädiert hatten, daß... weitergeführt werden sollte und in diesem Sinne wir auch Mitverantwortung ... haben - finden wir es richtig, - wie wir schon vorher euch mitgeteilt hatten - die Hälfte des Verlusts ... zu tragen. ...

Wir werden die Zahlung in monatlichen Raten von 800 DM - angefangen von 1. Juni 1983 - verwirklichen. Wir werden Anfang jeden Monats 800 DM an eine von euch gegeben Kto. überweisen. ... "

Uns erreichte dann am 5.6.1984 - nachdem gerade 2 Raten à 800 DM bezahlt worden waren - erneut ein Brief von Bolshevik Partizan, in dem u.a. folgendes stand (abgedruckt in GDS-Info 8/84, S.47):

"Die Partei (nicht das ZK) hat nach der Diskussion beschlossen - mit großer Mehrheit beschlossen - nicht mehr zu zahlen , da wir auch nichts schulden ; und eine Zahlung von uns nur als die Unterstützung unter den Revolutionären einen Sinn hatte ; daß eure Haltung gegenüber uns in vielen Fällen aber nicht revolutionär ist - geschweige denn ml."

PLANMÄSSIGE UND ORGANISIERTE ATTACKEN VON BOLSEVIK PARTIZAN UM DIE FREIHEIT DER DEBATTE ZU ZERSTÖREN

Dokument 13:

(Auszug aus dem "Bericht über die Aktivitäten von GDS am 1.Mai 1983" (abgedruckt in GDS-Info 4/83,S.2-5), in dem über die gemeinsam mit MLPÖ und WBK vorbereitete Veranstaltung in Frankfurt am 1. Mai zum 100.Todestag von Karl Marx berichtet wird. Nachdem zunächst die anfangs noch kleineren Provokationen von Seiten von Bolsevik Partizan-Anhängern geschildert wurden, so heißt es in diesem Bericht über den Schluß der Veranstaltung:)

Die letzte Stunde erhielten zunächst ein Redner von BP, danach ein Redner von Spartakus je eine halbe Stunde das Wort.Nach dem Redebeitrag von BP erklärte ein Teil der ca.15 BP-Anhänger mit ihren Hauptredner, nunmehr würden sie die Veranstaltung verlassen. Ein anderer Teil aber blieb - nach kurzer Zeit wurde klar, wozu, nämlich, um jetzt den Redner von Spartacus systematisch am Reden zu hindern. Es blieb eigentlich nur ein Mittel, um die Veranstaltung nicht restlos den BP-Störern preiszugeben und das Rederecht von Spartacus zu verteidigen:
Die BP-Störer mußten des Saals verwiesen werden. Zu diesem - späten - Zeitpunkt waren eigentlich alle Versammlungsteilnehmer, die nicht auf Seiten von BP waren (und das war wohl niemand außer den oben genannten!), sich einig und entschlossen, diesen Saalverweis auch durchzusetzen. Daß das dann ohne Prügelei abging, war im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß den BP-Störern verdeutlicht wurde, daß sie beim Versuch einer Gegenwehr den kürzeren ziehen würden. So konnte dann doch noch der Spartacus-Redner sprechen.

Dokument 14:

(Auszug aus dem Anhang des "Wortprotokolls der Veranstaltung von MLPÖ, GDS und WBK mit BOLSEVIK PARTIZAN am 26./27.3.1983 in Frankfurt, in :"Dokumente zur Debatte von GDS,MLPÖ,WBK mit der TKP/ML(B), VII", S.96-101 und S.88)

DIE DOPPELZÜNGELEI DES ZK DER TKP/ML(B) IM ZUSAMMENHANG MIT DER GEPLANTEN UND ORGANISIERTEN SABOTAGE DER DEBATTE ÜBER DEN TAGESORDNUNGSPUNKT "BOLSCHEWISTISCHE PARTEI" AUF DER DISKUSSIONSVERANSTALTUNG IN FRANKFURT

=====

Wie im Resumée der drei Bruderorganisationen zum Tagesordnungspunkt 3 "Bolschewistische Partei" schon ausgeführt wurde, hat die Debatte über die Art der Rednerliste und eine mögliche Sabotage bereits vor der Veranstaltung eine wichtige Rolle gespielt, und zwar auf der 1. und 2.Verhandlung zwischen BP einerseits und WBK MLPÖ GDS andererseits über den Ablauf der

*)Auszug aus dem Résumée der 3 Bruderorganisationen MLPÖ, GDS und WBK auf der Veranstaltung mit Bolsevik Partizan am 26./27.3.83 (siehe Wortprotokoll S.88 - in diesem nur von uns veröffentlichten Wortprotokoll sind die von Seiten von Vertretern von Bolsevik Partizan gegen uns vorgebrachten Lügen und Verleumdungen nachgewiesen und können dort im einzelnen nachgelesen werden):

Noch ein paar Worte zu der bei 3.Tagesordnungspunkt gestarteten Provokation. Ja, wir sind davon ausgegangen, daß bei der Diskussion ungefähr 30 bis 40 Redner zu jedem Tagesordnungspunkt diskutieren, als wir diese Regelegung vorgeschlagen haben. Und wir stützten uns dabei auf die Erfahrungen, die positiv waren: die Stalin-Veranstaltung, die PAA-Veranstaltung, die Mao Tse-tung-

Fortsetzung der Fußnote auf nächster Seite

gemeinsamen Diskussionsveranstaltung. Liest man die diesen Fragenkomplex betreffenden Auszüge aus den Wortprotokollen dieser beiden Verhandlungen heute, so erscheinen die diversen Erklärungen des BP-Vertreters als nichts anderes als eine zynische und doppelzunglerische moralische Bankrotterklärung.

Genaus wissend, daß wir dem ZK der TKP/ML(B) damals viel, aber noch nicht alles zutrauten, erschien der BP-Vertreter mit einer Art Heiligenschein und äußerte sich besorgt darüber, daß ja nicht "von irgendjemand" die Debatte sabotiert wird. Im Nachhinein können seine Beteuerungen auf den Verhandlungen, nicht "die Diskussion zu blockieren", und es läge ihnen fern, "die Versammlungen zu sprengen", nur als offene, typisch revisionistische Provokation eingeschätzt werden. Dies wurde spätestens dann deutlich, als - wie allgemein auf der Veranstaltung zu sehen war - die führenden BP Vertreter, insbesondere auch der Redner der BP-Resumées, beim Tagesordnungspunkt 3 direkt zu ihren Anhängern gingen und diese aufforderten, sich noch auf die Rednerliste zu setzen. Dadurch sollte möglichst wenig Zeit für jeden Redner übrigbleiben und die Debatte somit sabotiert werden. Das geschah dann auch, denn nach den Interventionen der BP-Führer standen schließlich über 80 Redner auf der Rednerliste.

Daß es den Vertretern von BP nicht um die maximale Entfaltung der Debatte ging, sondern darum, eine revisionistische Macht demonstation der Mehrheit zu veranstalten und, angesichts der bisherigen glasklaren ideologischen Niederlage von BP, der Debatte ein Ende zu bereiten, dokumentiert dann auch beweiskräftig, daß die überwältigende Mehrheit der BP-Anhänger den Antrag auf Verlängerung der Redezeit um 2 Stunden ablehnt.

★★★

Im Nachhinein ergab sich in unseren Reihen eine Diskussion darüber, wieso eigentlich von Seiten der MLPÖ, GDS und des WBK dem Vertreter von BP und seinen Beteuerungen, die Diskussion nicht "blockieren zu wollen" etc., geglaubt wurde. Es wurde weiterhin die Frage aufgeworfen, inwieweit eine Begrenzung der Rednerliste angesichts solcher revisionistischen moralischen Bankrotteure nicht doch von vorneherein besser gewesen wäre.

Diese Frage muß sicherlich noch diskutiert werden. Aber unabhängig von dem Ergebnis einer solchen Diskussion ist doch unbestreitbar ein Erfolg unserer Regelung gewesen, daß nicht nur einige Hauptredner, sondern möglichst viele Redner - insbeson-

Veranstaltung. Diese Tradition wollten wir fortsetzen. BP wollte die Tradition der revisionistischen Willkür-Veranstaltung von Stuttgart und Essen fortsetzen.

Tatsächlich haben zu den ersten zwei Tagesordnungspunkten jeweils ungefähr 30 bis 35 Redner geredet. Das ist gegangen. (Zwischenrufe: Waren auf der Rednerliste!) Es waren so viel auf der Rednerliste, es konnten nicht ganz so viele reden. Das stimmt. Doch selbst wenn mehr sich gemeldet hätten: Wenn man die Veranstaltung verlängert hätte, hätte auf jeden Fall jeder circa 5 Minuten reden können, wenn man mit einem Minimum an Demokratieverständnis in der Tradition der Mao Tse-tung-Veranstaltung und entsprechend allen Zusagen, die vorher erteilt wurden, gehandelt hätte.

Über diesen Punkt wurde auf den Verhandlungen diskutiert, und da heben die Vertreter von Bolshevik Partizan ganz besorgt gefragt, ob denn bei dieser Regelung nicht jemand die Veranstaltung sprengt, indem er so viele Redner nominiert, daß das Ganze zur Farce wird. Wir können das mit Tonband jedem vorlegen. Es wurde sogar gesagt: "Zu dem Punkt kann ich nur noch mal betonen, daß wir überhaupt nicht vorhaben, die Versammlung zu sprengen, das liegt uns fern!"

Es wurde die Befürchtung geäußert, daß die Bruderparteien so viele Redner aufstellen und das sprengen, angesichts der Kräfteverhältnisse, überlegt das mal.

Genossinnen und Genossen!

Wir sind davon ausgegangen, daß ein gewisser Funken revolutionärer Moral übergeblieben ist. Daraufhin haben wir die Sache in dieser Weise organisiert. Die Veranstaltung heute hat gezeigt, daß von revolutionärer Moral nichts übrig geblieben ist, daß die revisionistisch-bürokratische Veranstaltungskonzeption von Stuttgart und Essen hier hereingetragen wurde, und am dritten Punkt die Debatte kaputtgemacht wurde.

INTERNATIONALE

Ber Opportunismus der TKP/ML(B)

Zur Vorgeschichte und Entwicklung der TKP/ML(B):
Eine Kette versäumter Möglichkeiten und mißachteter Notwendigkeiten

INTERNATIONALE

Ber Opportunismus der TKP/ML(B)

**Die TKP/ML(B)
und der proletarische Internationalismus**

INTERNATIONALE

Ber Opportunismus der TKP/ML(B)

**Prinzipien und Revolution
oder
"konkrete Analyse" und reformistische Praxis
von Fall zu Fall**

INTERNATIONALE

Ber Opportunismus der TKP/ML(B)

IV.

Das bürokratische Konzept und das revisionistische Disziplinverständnis des ZK der TKP/ML(B) - Absage an den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei des Proletariats

INTERNATIONALE

12

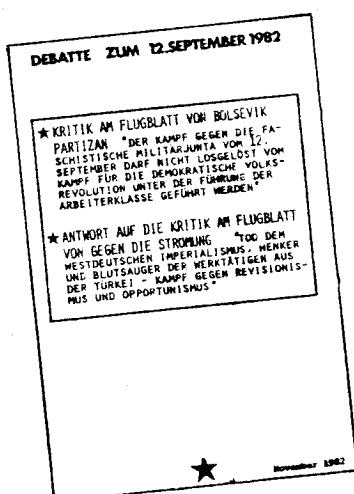
INTERNATIONALE

13

14

15

Jedes der Hefte hat einen Umfang von ca. 80 Seiten und kostet öS 30,- / DM 4,50



Dokumente zur Debatte von GDS, MLPÖ, WBK mit der TKP/ML(B) I

ZUR 1. PARTEIKONFERENZ DLP TKP/ML(B)
ZUM 1. MAI 1982

HERAUSGEGEBEN VON GDS, MLPÖ, WBK

FINNAKUNG ZUR ÖFFENTLICHEN DEBATTE IM FEBRUAR 1983

PARTEIWEISIG ÜBER DIE NIEDERABSTÖRTUNG DER KRETTIKEN DER BRIEDERORGANISATIONEN GDS, MLPÖ, WBK DURCH DAS ZK DER TKP/ML(B)

HERAUSGEGEBEN VON GDS, MLPÖ, WBK

FEbruar 1983

Dokumente zur Debatte von GDS, MLPÖ, WBK mit der TKP/ML(B) II

ZUR 2. PARTEIKONFERENZ DER TKP/ML(B)

HERAUSGEGEBEN VON GDS, MLPÖ, WBK

FEbruar 1983

Dokumente zur Debatte von GDS, MLPÖ, WBK mit der TKP/ML(B) III

Dokumente zur Debatte von GDS, MLPÖ, WBK mit der TKP/ML(B) IV

Dokumente zur Debatte von GDS, MLPÖ, WBK mit der TKP/ML(B) V

Redebeiträger von MLPÖ, GDS, WBK für die gemeinsame gleichberechtigte Veranstaltung mit BOLSHEVIK PARTIZAN am 26./27.3.1983 in Frankfurt

PRINZIPIEN DER PROLETARIATISCHEN INTERNATIONALISME UND DIE LINIE DER TKP/ML(B)

PRINZIPIEN DER REVOLUTION ODER "KONKRETE ANALYSE" UND REFORMISTISCHE PRAXIS VON FALL ZU FALL

Das BÜROKRATISCHE KONZEPT UND DAS REVISIONISTISCHE DISZIPLINVERSTÄNDNIS DES ZK DER TKP/ML(B)

Dokumente zur Debatte von GDS, MLPÖ, WBK mit der TKP/ML(B) VI

Redebeiträger von BOLSHEVIK PARTIZAN für die gemeinsame gleichberechtigte Veranstaltung am 26./27.3.1983 in Frankfurt

Die BERICHTSLINIE DER BOLSHEVIK PARTIZAN VON 1979

ROTE FAHNE

GEGEN DIE "STROMUNG" DER FÜR DEN AUFBAU DER MARXISTISCH-LENINISTISCHE PARTIE DES PROLETARIATS VERANTWORTLICHEN BRIEDERORGANISATIONEN

BOLSHEVIK PARTIZAN

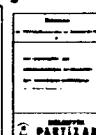
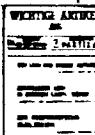
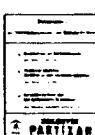
WORTPROTOKOLL der Veranstaltung von MLPÖ, GDS, WBK mit BOLSHEVIK PARTIZAN am 26./27.3.1983 in Frankfurt

HERAUSGEGEBEN VON GDS, MLPÖ, WBK

Februar 1983

KRITIK AN DER LINIE DER TKP/ML(B)

anhand der drei deutschsprachigen Broschüren



Commonsense Stellungnahme der Redaktionen von
ROTE FAHNE, BRIEDERORGANISATION
GEGEN DIE STROMUNG, BRIEDERORGANISATION
WESTBERLINER KOMMUNIST, BRIEDERORGANISATION

JULI 1982

GDS Nr. 30

RF Nr. 207

WBK Nr. 27

dere Redner auf der Linie von BP - ihre Thesen und Statements abgegeben haben. Der erschreckende Zustand der Anhänger von BP, - Ergebnis der revisionistischen Erziehung durch das ZK der TKP/ML(B) - wäre ohne diese Regelung weder uns noch anderen Versammlungsteilnehmern so klar geworden. In dieser Beziehung hat sich die Regelung ganz gewiß bewährt, und die Sabotage des ZK der TKP/ML(B) war letzten Endes ein Bumerang.

AUSZUG AUS DER 1.VERHANDLUNG
oooooooooooooooooooo

Auf der 1.Verhandlung war schon klar, daß nicht alle Möglichkeiten zur Sabotage durch gemeinsam festgelegte Regeln ausgeschlossen werden konnten. In Hinblick auf die Möglichkeit einer B l o c k i e r u n g der Debatte durch massenhaftes Hintereinanderschalten eigener Leute wurde ein Problem angesprochen, das generell galt. Der Vertreter von WBK, MLPÖ und GDS erklärte auf der 1.Verhandlung:

"Es gibt einige Fragen, die man nicht juristisch lösen kann, sondern nur durch moralischen Druck, durch Erklärungen beider Seiten vorher öffentlich lösen kann."

Der Vertreter von BP erklärte daraufhin seine Z u s t i m m u n g und versprach:

"Es ist natürlich so, daß wir unsere Genossen dahingehend informieren werden, daß wir n i c h t jetzt durch Blockbildung oder was weiß ich, durch ein Hintereinander unserer Genossen die Diskussion blockieren wollen, sondern daß wir ein Interesse daran haben, daß die gegenseitigen Meinungen sich streiten."

Nachdem unser Vertreter darauf hingewiesen hatte, daß die M ö g l i c h k e i t zur Sabotage der Debatte und der faktischen Majorisierung überhaupt nicht bei uns liegen kann, sondern diese Möglichkeit im Grunde nur BP aufgrund ihrer Anzahl hat, erklärte der Vertreter von BP honigsüß:

"Zu dem Punkt kann ich nur nochmals betonen, daß wir über-haupt nicht vorhaben, die Versammlung zu sprengen. Das liegt uns fern."

Den faktischen W o r t b r u c h dieser moralischen Verpflichtung, die Diskussion nicht zu blockieren und nicht zu sprengen, konnte jeder dann auf der Versammlung sehen.

In ähnlicher Weise kam die Heuchelei von Bolsevik Partizan auf der 2. Verhandlung zum Ausdruck, die ebenfalls wörtlich protokolliert in "Dokumente zur Debatte von GDS, MLPÖ, WBK mit der TKP/ML(B), VII" nachzulesen ist .

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG

Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westdeutschlands

